

Substanzielles Protokoll 134. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Freitag, 16. Dezember 2016, 21.00 Uhr bis 23.41 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Roger Bartholdi (SVP)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Heidi Egger (SP)

Substanzielles Protokoll: Doris Schibli

Anwesend: 125 Mitglieder

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|-----|--------------------------|--|-----|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 10. | 2016/305 | Weisung vom 14.09.2016:
Finanzverwaltung, Budgetentwurf 2017 (Detailbudget und
Produktgruppen-Globalbudget) und Abschreibung Global-
budgetantrag | FV |
| 11. | 2016/402 | A Dringliches Postulat von Florian Utz (SP) und 3 Mitunter-
zeichnenden vom 16.11.2016:
Verzicht auf das Outsourcing der Graffiti-Entfernung | VTE |
| 13. | 2016/418 | A Postulat der AL-Fraktion vom 30.11.2016:
Entschädigung von Sicherheitsaufwendungen der religiösen und
kulturellen Gemeinschaften | VSI |
| 21. | 2016/437 | E Postulat von Andreas Egli (FDP), Marcel Müller (FDP) und
18 Mitunterzeichnenden vom 07.12.2016:
Schutz von religiösen und kulturellen Gemeinschaften vor
gewalttätigen Angriffen durch eine Verlagerung des Schwer-
gewichts der Polizeieinsätze | VSI |

Mitteilungen

Es werden keine Mitteilungen zur Kenntnis gebracht.

Geschäfte

2529. 2016/305

Weisung vom 14.09.2016:

Finanzverwaltung, Budgetentwurf 2017 (Detailbudget und Produktgruppen-Globalbudget) und Abschreibung Globalbudgetantrag

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 133, Beschluss-Nr. 2529/2016)

Beschlüsse:

Antrag 119.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Martin Bürlimann (SVP): Wir beantragen eine Reduktion um 3,7 Millionen Franken. Auf den Dächern und über den Filtrationsbecken und Biologieanlagen im Klärwerk Werdhölzli sollen Fotovoltaik-Anlagen installiert werden. Dadurch soll die Eigenversorgung erhöht werden und ein Teil des Energiebedarfs des Werdhölzli gedeckt werden. Durch die Fotovoltaik-Anlage wird allerdings nur ein kleiner Teil gedeckt. Aus Sicht der Minderheit rechtfertigt der Ertrag den Aufwand nicht. Mit der Anlage würde zudem die Kläranlage zugedeckt. Uns sind keine Kläranlagen bekannt, die man auf diese Art zudeckt. Sie müssen offen bleiben, damit man einen Überblick hat. Es gibt bessere Möglichkeiten, ökologisch sauberen Strom zu produzieren. Die 3,7 Millionen Franken sind aus unserer Sicht nicht gerechtfertigt.

Florian Utz (SP): Die Stadtzürcher Bevölkerung hat entschieden, dass die Stadt aus dem Atomstrom aussteigen soll. Wenn wir den Atomstrom reduzieren wollen, müssen wir vermehrt erneuerbare Energien verwenden. Dazu gehört auch Solarstrom. Die Mehrheit der RPK ist auf der Seite der Mehrheit der Bevölkerung und bittet um Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Weitere Wortmeldung:

Sven Sobernheim (GLP): Martin Bürlimann (SVP) sagte in einem früheren Votum, es lohne sich nicht, dass man Strom in Süddeutschland produziere. Es sei unnötig, man wolle keinen ausländischen Strom und auch keinen Handel mit ausländischem Strom. Nun wollen wir eine Solarstromanlage in der Stadt bauen und es wird gesagt, man brauche diese nicht, sie lohne sich nicht. Man sollte sich fragen, wo der Strom herkommen soll, wenn man ihn weder innerhalb noch ausserhalb der Stadt produzieren will. Zum Thema von zugedeckten Klärwerken: Das Zudecken der Anlage hat im Grunde nichts mit der Fotovoltaik-Anlage zu tun. Eine Ozonungsanlage muss entsprechend der Umweltgesetzgebung zugedeckt sein, weil sich Ozon darin befindet. Vor 50 Jahren war das womöglich noch nicht so. Heute ist dies jedoch eine Auflage.

S. 253	35	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT				
	3535	Entsorgung + Recycling Zürich Abwasser				
	511010	Neubau Fotovoltaik-Anlagen				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
119.	Antrag Stadtrat			3 700 000	Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP)
		3 700 000			0 Minderheit	Stefan Urech (SVP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
		Begründung: Verzicht auf Fotovoltaik-Anlage im Werdhölzli				

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 42 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 120.

Kommissionsreferent:

Reto Rudolf (CVP): *Mit dem einstimmigen RPK-Antrag wird eine Kürzung um 50 000 Franken verlangt. Wir sind trotz der Antworten auf die Rückfragen der Meinung, dass ein Betrag auf der Höhe des Betrags von 2016 ausreichen dürfte.*

S. 254	35	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT				
	3550	Entsorgung + Recycling Zürich Abfall				
	3080 0000	Entschädigungen für temporäre Arbeitskräfte				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
120.	Antrag Stadtrat			415 000		
		50 000		365 000	Zustimmung	Christian Traber (CVP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP), Florian Utz (SP)
		Begründung: Budget 2016 sollte ausreichen				

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 122 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 121.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Reto Rudolf (CVP): Die Minderheit beantragt eine Kürzung um 27 000 Franken zurück auf den Budgetbetrag 2016.

Florian Utz (SP): Die Mehrheit hält die Erhöhung auf diesem Konto für gut begründet. Der Grund für die Kostensteigerung liegt im Wesentlichen in den Marketingaktivitäten für die Biogasanlage. Die Mehrheit hält das Projekt für sinnvoll und findet es auch sinnvoll, dass das Angebot, sobald vorhanden, auch beworben wird. In der heutigen Welt funktioniert ohne Werbung nichts. In einer idealen Welt wäre es vielleicht anders. Die Biogasanlage ist ein tolles Projekt, an dem auch die FDP beteiligt war. Ich verstehe deshalb nicht, dass die FDP die entsprechenden Marketingaktivitäten streichen will.

S. 254	35 3550 3101 0000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Entsorgung + Recycling Zürich Abfall Druck-, Reproduktions- und Vervielfältigungskosten				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
121.	Antrag Stadtrat				511 000	Mehrheit
			27 000		484 000	Minderheit
						Florian Utz (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP) Christian Traber (CVP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)
			Begründung:			
						Budget 2016 sollte ausreichen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 73 gegen 49 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 122.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Martin Bürlimann (SVP): Auf diesem Konto ist eine Kürzung von 60 000 Franken vorgesehen. Die Mehrheit ist der Meinung, dass der Betrag des Budgets 2016 ausreichen sollte.

Florian Utz (SP): Auch auf diesem Konto ist die Kostensteigerung durch Marketingaktivitäten für die Biogasanlage begründet. Der Grund ist somit der gleiche wie beim vorherigen Antrag. Beim vorherigen Antrag war es eine Mehrheit, die die Kostensteigerung für begründet hielt, nun ist es eine Minderheit, obwohl es um dasselbe Thema geht. Ich verstehe die Mehrheiten im Rat nicht immer vollständig. Es ist auch nicht mein Anspruch, diese stets zu verstehen.

Weitere Wortmeldung:

Sven Sobernheim (GLP): Nur, weil es sich um dasselbe Thema handelt, bedeutet das

nicht, dass man alle Massnahmen zu einem Thema gut finden muss. Man kann durchaus nur einzelne Massnahmen für gut und Kosten für verhältnismässig befinden.

S. 254	35 3550 3107 0000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Entsorgung + Recycling Zürich Abfall Temporäre Aktionen in Öffentlichkeitsarbeit					
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen	
122.	Antrag Stadtrat				301 000	Minderheit	Florian Utz (SP) Referent, Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP)
			60 000		241 000	Mehrheit	Stefan Urech (SVP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Shaibal Roy (GLP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
							Begründung: Budget 2016 sollte ausreichen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 71 gegen 53 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 123.

Kommissionsreferent:

Florian Utz (SP): *Auch auf diesem Konto liegt eine Kostensteigerung vor. Die RPK hat die Kostensteigerung einstimmig für zu hoch befunden. In der Rechnung 2015 lautete der Betrag 800 000 Franken, im Budget 2016 waren es 1 Million Franken, im Budget 2017 sind es nun bereits 1,3 Millionen Franken. Angesichts der deutlichen Kostensteigerung ist die einstimmige Mehrheit der RPK der Meinung, dass man zumindest auf die nicht sehr dringlichen Ausgaben auf diesem Konto verzichten sollte. Die Anschaffung des Personenwagens dürfte nicht so dringlich sein, als dass man sie nicht auch erst 2018 vornehmen könnte.*

S. 255	35 3550 3111 0000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Entsorgung + Recycling Zürich Abfall Anschaffungen Maschinen, Geräte, Fahrzeuge					
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen	
123.	Antrag Stadtrat				1 325 200		
			30 000		1 295 200	Zustimmung	Florian Utz (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)
							Begründung: Personenwagen Hagenholz kann angesichts der Kostensteigerung auf diesem Konto erst 2018 ersetzt werden

S. 255 35 TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT
3550 Entsorgung + Recycling Zürich Abfall
3180 0000 Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
125. Antrag Stadtrat			21 569 400	
			260 000 N	
	1 000 000		20 829 400	Zustimmung
				Florian Utz (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)

Begründung: Budget noch immer deutlich über Rechnungen 2013 bis 2015

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 124 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 126.

Kommissionsreferent:

Shaibal Roy (GLP): Das Projekt «Wärmeversorgung Zürich-West» wird primär von ERZ Fernwärme abgewickelt. Es sind hier noch 100 000 Franken für eine Projektbegleitung eingestellt. Des Weiteren ist eine Projektbegleitung für «Konzepte und Studien im Bereich Personalentwicklung, Wissenserhaltung und Audits» vorgesehen. Die RPK ist der Meinung, dass hier noch Luft enthalten ist und beantragt, den Betrag um 60 000 Franken zu kürzen.

S. 256 35 TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT
3550 Entsorgung + Recycling Zürich Abfall
3186 0000 Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit Projektbegleitung, -beratung und Organisationsentwicklung

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
126. Antrag Stadtrat			362 500	
	60 000		302 500	Zustimmung
				Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP), Florian Utz (SP)

Begründung: Honorare für «eine allfällige Projektbegleitung der Wärmeversorgung Zürich-West» und für «Konzepte und Studien in den Bereichen Personalentwicklung, Wissenserhalt und Audits» kürzen

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 123 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 127.

Kommissionsreferent:

Florian Utz (SP): Bei diesem Konto hat die RPK einstimmig eine Kostensteigerung festgestellt, die sie für nicht gut begründet hält. Die Kostensteigerung beläuft sich von 766 000 Franken in der Rechnung 2015 auf 1,1 Millionen Franken im Budget 2017. Die RPK beantragt, dass das Teilbudget für Lieferwagen und Personenwagen gemäss Rechnung 2015 festgesetzt wird. Unserer Meinung nach ist es verkraftbar, ein bis zwei Fahrzeuge erst ein Jahr später zu beschaffen, um im Gegenzug das Kostenwachstum im Rahmen zu halten.

S. 264	35 3560 3111 0000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Entsorgung + Recycling Zürich Stadtreinigung Anschaffungen Maschinen, Geräte, Fahrzeuge				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
127.	Antrag Stadtrat		110 000		1 108 100 998 100	Zustimmung Florian Utz (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangi- nes (SP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)
						Begründung: Teilbudget für Lieferwagen und Personenwagen gemäss Rechnung 2015

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 125 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 128. und 129. (Dringliches Postulat GR Nr. 2016/402)

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Florian Utz (SP) begründet den Antrag der Mehrheit und das Dringliche Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2425/2016): Eine Bemerkung vorweg: Die in unserem Postulat festgehaltene Kostensteigerung wurde aufgrund einer falschen Antwort des TED zu hoch eingeschätzt und fällt etwas geringer aus. Die Graffiti-Reinigung wird mehrheitlich von der Stadt selber ausgeführt. Zu einem kleinen Teil werden Drittaufträge vergeben. Die Stadt selber hat für die Graffiti-Reinigung zwei Personen angestellt. Diese verdienen zwischen 68 000 und 71 000 Franken brutto. Die Lohnnebenkosten der Stadt sind hier noch nicht enthalten. Zu diesen Löhnen kommen Drittaufträge in der Höhe von 57 000 Franken, die die Stadt für die Abdeckung von Spitzenzeiten fremdvergift. Neu soll die gesamte Graffiti-Reinigung extern vergeben werden. Das TED rechnet hier mit 314 000 Franken. Die heutigen Kosten setzen sich im Vergleich dazu so zusammen, dass zwei Mal 68 000 bis 71 000 Franken für Lohnkosten, 57 000 Franken für Drittaufträge sowie 10 % für Lohnnebenkosten aufgewendet werden. Dies ergibt einen Totalbe-

trag von rund 210 000 Franken. Dazu kommen noch einige Eimer Farbe. Im Vergleich zu den 314 000 Franken, die die vollständige Fremdvergabe kosten soll, würde die Fremdvergabe zu Mehrkosten von 50 000 bis 100 000 Franken führen. Aus diesem Grund beantragen wir auf diesem Konto eine Einsparung von 257 000 Franken. Ich möchte klar deklarieren, dass das Lohnkonto von ERZ Stadtreinigung bei einer Annahme des Antrags um rund 140 000 Franken schlechter dastehen würde. Wir haben hier allerdings einen separaten Antrag gestellt. Bei diesem Konto waren bei der letzten Rechnung 900 000 Franken Luft drin. Es würden Mehrausgaben von 140 000 Franken entstehen, die aber nicht separat budgetiert werden müssen, da das Konto bereits hoch genug budgetiert ist.

Michael Baumer (FDP): Die von Florian Utz (SP) vorgetragenen Details waren etwas zu einfach gerechnet. Es hat nichts mit der Vollkostenrechnung zu tun, wenn man intern eine Stelle wie diese führt gegenüber einer externen Vergabe der Aufträge. Es wurden nun nur die Lohnkosten und die Lohn- und Nebenkosten erwähnt. Dass die Stelle aber auch Fahrzeuge, Wegkosten, Räumlichkeiten und dergleichen beinhaltet, wurde nicht erwähnt. Eine Stelle bei der Stadt kostet nun einmal doppelt so viel wie die Lohnkosten. Somit ist sofort ersichtlich, dass eine externe Vergabe günstiger ausfällt. Die Minderheit der RPK empfiehlt deshalb, beim Antrag des Stadtrats zu bleiben. Es ist sinnvoll, die Aufträge extern zu vergeben. Damit wird auch das lokale Gewerbe unterstützt. Es handelt sich um die günstigere Variante und die einzige sinnvolle Handhabung.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Filippo Leutenegger: Ich möchte Klarheit in den Zahlensalat bringen. Die 257 000 Franken entsprechen den intern anfallenden Kosten. Mit 57 000 Franken für externe Aufträge ergibt dies insgesamt 314 000 Franken. Für den Betrag, den wir budgetiert haben, hätten wir gerne eine Ausschreibung durchgeführt. Ich gehe davon aus, dass es einen Einspareffekt von rund 10 % geben wird. Dieser ist aber nicht der Hauptgrund für die Auslagerung der Graffiti-Reinigung. Der Hauptgrund liegt in den grossen saisonalen Unterschieden. Langfristig gesehen macht es keinen Sinn, dass eine Aufgabe, die das Gewerbe sehr gut ausführen kann und deren Auftrag jedes Jahr oder alle zwei Jahre ausgeschrieben werden kann, eine städtische Aufgabe ist. Dass die Aufträge von der Stadt vergeben werden, ist klar. Es handelt sich grösstenteils um öffentliche Situationen in der Stadt, etwa in Unterführungen. Dort muss das ERZ den Auftrag erteilen. Es wurde einmal ein Postulat überwiesen, in dem verlangt wurde, dass man mehr Aufträge auswärts vergeben müsse. Wichtig ist, dass wir Aufträge, die nicht unbedingt von der Stadt erledigt werden müssen, auswärts vergeben werden können. Es wäre ein problemloser Versuch. Eine Anmerkung: Ich habe gehört, es sei besser und sozialer, wenn Personen für entsprechende Aufträge bei der Stadt angestellt seien. Es gibt bei Privaten aber durchaus einen GAV. Sie sind angehalten, anständige Löhne auszus zahlen. Hinsichtlich der saisonalen Belastung ist eine externe Vergabe der Aufträge gerechtfertigt. Im Winter fallen weniger Graffiti an als im Sommer. Es ist sinnvoller, das Gewerbe zu beschäftigen, als zwei Festangestellte im ERZ dafür einzusetzen.

Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP): Wir wechseln von der Enthaltung in die Mehrheit. Wir lehnen Outsourcing nicht grundsätzlich ab. Wir sind aber der Meinung, dass der Stadtrat hier ein Chaos veranstaltet hat. Er sprach immer davon, dass zwei Stellen eingespart werden. In der zweiten Lesung sprach er auch davon. Er spricht aber von den Gesamtkosten, die er mit diesem Personal einspart, bei den 314 000 Franken. Es handelt sich aber um 2,2 Stellen, denn es gehören noch 0,2 Sekretariatsstellen dazu. Hier wird der Wider-

spruch zwischen der ersten und zweiten Lesung sichtbar. Die Personalkosten, die eingespart werden für die Vollkostenrechnung, variieren. Wenn man hier ein Outsourcing vornehmen will, muss es sauber aufgegleist werden. Ich zitiere aus den Budgetantworten der ersten Lesung: «Unter dem Strich entstehen Mehrkosten von 257 000 Franken.» In der zweiten Lesung wurde erklärt, warum die Aussage in der ersten Lesung nicht korrekt war. Die Ausschreibung wurde aus meiner Sicht nicht sauber aufgegleist und wir möchten, dass diese sauber aufgegleist wird. Das SVP-Postulat hat eine Textänderung durchlebt. Man verlangte, dass der Teil, dass das Team Graffitiordnung aufzuheben sei, entfernt werde. Dieser Antrag kam von der FDP. Dort ging es um eine Gesamtbetrachtung aller Stellen, die sich in der Stadt mit Graffiti befassen. Diese befinden sich im HBD und im ERZ. Die GLP sass 2004 noch nicht im Rat, als das Postulat überwiesen wurde. Würde man eine Gesamtauslegeordnung machen, das Team Graffiti nicht einzeln betrachten und sich überlegen, ob man die Aufträge auslagert und an wen sie vergeben werden, wären wir wieder an Bord. Aber dieses Vorgehen, lediglich ein kleines Puzzlestück Ende Jahr herauszulösen, um später im Budget zu beweisen, dass man nicht wirklich geprüft hat, was man tut und unklar ist, ob es günstiger oder teurer wird, ist nicht in unserem Sinne.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Filippo Leutenegger: Wir erhielten zu Beginn eine Frage zu einem bestimmten Konto. Es ging nicht um den Gesamtbetrag. Die Frage war auf dieses Konto eingeschränkt. Florian Utz (SP) kann dies bestätigen. Die 314 000 Franken setzen sich aus Materialien, Personal und Fremdaufträgen zusammen. Die 257 000 Franken sind ohne die 57 000 Franken für Fremdaufträge. Es sind immer die gleichen Beträge. Wir gingen stets von den 314 000 Franken aus. Diese entsprechen dem Betrag für den Auftrag, den man extern vergeben möchte. Dieser Betrag könnte noch sinken, da es eine Ausschreibung geben wird. Diesen Gesamtbetrag haben wir budgetiert. Es gab insofern ein Missverständnis, weil man nur von diesem einzelnen Konto ausging, und die Aussage machte, dass es dann 257 000 Franken weniger gäbe, weil es um die Fremdaufträge ging. Das ist alles. Die Zahlen blieben immer dieselben.

Markus Hungerbühler (CVP): Beim Vorstoss zeigt sich die typische Geisteshaltung der SP. Sie behauptet seit längerer Zeit, sie sei die sogenannte Gewerbepartei. Wenn es aber darauf ankommt, merkt man, dass es der SP nicht um das Gewerbe geht, sondern um möglichst viele staatliche Stellen. Der Staat soll alles regeln, implementieren, umsetzen. Es geht hier um zwei von rund 23 000 Vollzeitstellen, die ausgelagert werden sollen. Die Linken wehren sich mit Händen und Füßen gegen die Auslagerung. Wenn es darum geht, dem Gewerbe Aufträge zu geben, sind sie der Meinung, dass es der Staat besser erledigen kann als das Gewerbe. Das finde ich schade. Sie sind dagegen, dass es in der Schweiz eine freie Marktwirtschaft gibt. Bis vor kurzer Zeit waren sie noch für die Überwindung des Kapitalismus. Wir werden das Postulat ablehnen. Alles andere wäre unverständlich.

Stefan Urech (SVP): Die GLP hat in der Fraktionserklärung zur Budgetdebatte unter anderem Folgendes mitgeteilt: «Mit Ausblick auf den vorgelegten AFP legt sich die GLP-Stirn in Sorgenfalten. Das Parlament steht in der Verantwortung, tiefgreifende Massnahmen auch mitzutragen. Die fetten Jahre sind vorbei.» Zum wiederholten Mal schliesst sich die GLP nun Rot-Grün an, dieses Mal, um eine staatliche Anti-Graffiti-Truppe zu unterstützen. Zu Beginn der Budgetdebatte predigte sie noch etwas vollkommen Gegenteiliges. Sie zeigt wiederholt ihre wahre Farbe.

Michael Baumer (FDP): Zum Votum von Sven Sobernheim (GLP): Es gehört zu einem Budgetprozess, dass man auf einem Konto eine Frage stellt und nur eine Teilantwort erhält. Man muss sich dann in der zweiten Frage weiter damit befassen. Es braucht eine gewisse geistige Flexibilität, um die Antworten zu verstehen.

Florian Utz (SP): Gerne bringe ich Klarheit hinein, wie die Frage und die Antwort in der RPK lauteten. Der Hintergrund der Frage lautete wie folgt: Bei den Lohnkonti bei ERZ Stadtreinigung gab es eine Reduktion von rund 200 000 Franken und beim Sachaufwand auch bei Drittaufträgen Mehrkosten von rund 550 000 Franken. In diesem Kontext lautete unsere Frage: «Weshalb erhöhen sich die Kosten für Drittaufträge um über 550 000 Franken, obwohl beim eigenen Personal nicht einmal ganz 200 000 Franken eingespart werden?». Die Antwort auf diese Frage lautete: «Durch die Auslagerung der Graffitiordnung ergeben sich unter dem Strich geschätzte Mehrkosten von 257 000 Franken.» Es ist vollkommen klar, dass sich die Frage sowohl auf die Lohnkonti als auch auf das Konto mit dem Drittauftrag bezog. Ich persönlich finde es nicht tragisch, wenn einmal ein Fehler passiert. Es ist aber nicht korrekt, nun Sven Sobernheim (GLP) gegenüber auszusagen, dass es keine falsche Antwort gegeben habe. Ich möchte noch kurz zur Vollkostenrechnung sprechen. Es ist korrekt, dass man eine Vollkostenrechnung machen muss. Man muss diese aber anhand der Situation von heute vornehmen. Es ist falsch, davon auszugehen, dass man durch das Outsourcing von zwei Stellen beispielsweise rund 40 000 Franken Raumkosten einsparen kann. Die Fläche des Werkhofs nimmt bei einem Outsourcing nicht ab. Deshalb muss man hier korrekt rechnen. Ich habe die Zahlen in meinem vorherigen Votum dargelegt. Zum Votum von Markus Hungerbühler (CVP): Die Position, die wir vertreten, ist, dass dieser Auftrag sowohl durch den Staat als auch durch Private ausgeführt werden sollte. Der Grundauftrag soll im Bereich von ERZ Stadtreinigung bleiben. Wir halten den Grundauftrag grundsätzlich für eine staatliche Aufgabe. Zur Abdeckung von Spitzen sollen weiterhin für 57 000 Franken Drittaufträge vergeben werden. Wir streichen diesen Betrag nicht aus dem Budget. Das ist das Vorgehen und die Zusammenarbeit, die wir für sinnvoll halten. Extrem wäre es, wenn der Staat gar keinen Teil mehr übernehmen dürfte.

Albert Leiser (FDP) beantragt Abstimmung unter Namensaufruf: Die Graffiti-Reinigung ist aus unserer Sicht keine Staatsaufgabe. Ich möchte wissen, wer sich wirklich für das Gewerbe ausspricht, und beantrage aus diesem Grund Namensaufruf.

Matthias Probst (Grüne): Ich bin etwas irritiert, dass sich diese Debatte allein um die Frage dreht, ob es sich bei der Graffiti-Reinigung um eine staatliche Aufgabe handeln soll oder nicht. Meiner Meinung nach könnte man den Betrag noch weiter reduzieren. Die Graffiti-Entfernung in Zürich ist zu fest ausgebaut. Meiner Meinung nach könnte man auch vollständig darauf verzichten. Ich finde es positiv, wenn die Stadt lebt, Künstler sich austoben können und man nicht sofort alles wieder entfernen muss. Wenn wir schon von Gewerbeförderung sprechen, könnte man auch darüber sprechen, dass man einen Auftrag an Dritte vergibt: Nicht an Reinigungspersonal, sondern an Künstler, damit zusätzliche Graffiti produziert werden können, die dann auch etwas schöner ausfallen als diejenigen, die einfach hingekritzelt werden. Damit könnte man dem entgegenwirken, dass viele Graffitis entfernt werden müssen und hat erst noch etwas für das lokale Gewerbe getan. Wer die Reinigung übernimmt, spielt für mich keine Rolle. Ich finde es generell falsch, dass so viele Graffitis entfernt werden. Man könnte mit weniger Reinigung die Kosten senken und zur Schönheit unserer Stadt beitragen.

Derek Richter (SVP): Was von Matthias Probst (Grüne) als Kunst bezeichnet wurde, bezeichnen wir als Sachbeschädigung. Das Postulat 2004/98 wurde am 3.3.2004

überwiesen. Wir halten das Vorgehen des Stadtrats für pragmatisch. Graffiti sind auch aktuellen Trends unterworfen. Mal sind eher Tags, dann eher wieder Schattierungen im Trend. Sachbeschädigung aber bleibt Sachbeschädigung. Den Auftrag können Private am besten erledigen.

Dr. Mario Babini (parteilos): Ein kurzer Vergleich: Das Budget der Stadt Bangkok mit 12 Millionen Einwohnern beträgt nicht einmal die Hälfte des Budgets von Zürich. Es hat mich beeindruckt, wie in Bangkok mit Graffiti umgegangen wird. Vor 15 Jahren sah man dort noch keine Graffiti. Heute sind sie überall. Die Strategie ist einfach. Der Staat entfernt keine Graffiti. Die Graffiti bleiben und sind eine Touristenattraktion. Die Entfernung von Graffiti in Zürich sollte durch die Stadt selber vorgenommen werden. Die interne Stelle verfügt über Erfahrung und ist vermutlich geeigneter, als wenn man den Auftrag an eine Unternehmung outsourcen würde, die keine Ahnung hat. Es würde ein grosser Erfahrungsschatz verloren gehen. Ich habe keinerlei Bedenken, dass man die Stellen bei der Stadt behält. Ich habe das Postulat mitunterzeichnet und deshalb keine andere Option.

Sven Sobernheim (GLP): Auf dem Konto der Löhne für Verwaltungspersonal in der ERZ Stadtreinigung werden 198 900 Franken eingespart. In den Antworten auf das Konto für Dienstleistungen Dritter heisst es unter bisherigen Kosten: «Konto 3010: Zwei Vollzeitäquivalente in der Region Nord, 224 000 Franken.» Wir sparen somit auf dem Lohnkonto 2,2 Stellen ein, die rund 200 000 Franken kosten. In der bisherigen Kostenrechnung tauchen aber dann 2 Stellen mit 224 000 Franken auf. Ich sehe hier einen Widerspruch, den ich nicht auflösen kann. Entsprechend bleibe ich bei unserer Aussage, dass die Ausgliederung nicht sauber aufgegleist wurde. Man sollte deshalb nochmals von vorne beginnen, alles über die gesamte Stadt hinweg betrachten und sauber aufgleisen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Filippo Leutenegger: Ich habe von der GLP gehört, dass sie eine Auslagerung unterstützen würde, wenn diese gut aufgegleist wäre. Wir können das in einem Jahr wieder tun.

S. 265	35 3560 3145 0000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Entsorgung + Recycling Zürich Stadtreinigung Strassenunterhalt				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
128.	Antrag Stadtrat				2 757 600	Minderheit
			257 000		2 500 600	Mehrheit
						Enthaltung
			Begründung:	Kein vollständiges Outsourcing der Graffiti-Entfernung		
						Vizepräsident Michael Baumer (FDP) Referent, Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP), Florian Utz (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Shaibal Roy (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag von Albert Leiser (FDP) mit 105 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 30 Stimmen gemäss Art. 41 Abs. 1 GeschO GR erreicht.

Abstimmung gemäss Art. 41 GeschO GR:

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
138	Anken	Walter	SVP	NEIN
087	Akyol	Ezgi	AL	JA
084	Angst	Walter	AL	JA
013	Aubert	Marianne	SP	JA
092	Babini	Mario	parteilos	JA
137	Balsiger	Samuel	SVP	NEIN
063	Bär	Linda	SP	JA
001	Bartholdi	Roger	SVP	NEIN
098	Baumann	Markus	GLP	JA
168	Baumer	Michael	FDP	NEIN
018	Beer	Duri	SP	JA
114	Bertozzi	Roberto	SVP	NEIN
133	Bodmer	Onorina	FDP	NEIN
031	Brander	Simone	SP	JA
119	Brunner	Alexander	FDP	NEIN
052	Bührig	Marcel	Grüne	JA
165	Bünger	Pablo	FDP	NEIN
003	Bürki	Martin	FDP	NEIN
176	Bürlimann	Martin	SVP	NEIN
033	Denoth	Marco	SP	JA
009	Diggelmann	Simon	SP	JA
062	Edelmann	Andreas	SP	JA
004	Egger	Heidi	SP	JA
167	Egger	Urs	FDP	NEIN
130	Egli	Andreas	FDP	NEIN
030	Egloff	Mathias	SP	JA
127	Fehr	Urs	SVP	NEIN
008	Fischer	Renate	SP	JA
015	Frei	Dorothea	SP	JA
044	Früh	Anjushka	SP	JA
099	Garcia	Isabel	GLP	JA
161	Gautschi	Adrian	GLP	JA
027	Glaser	Helen	SP	JA
135	Götzl	Martin	SVP	NEIN
020	Graf	Davy	SP	JA
088	Guggenheim	Eduard	AL	JA
048	Helfenstein	Urs	SP	JA
072	Hirsiger	Eva	Grüne	JA
011	Huber	Patrick Hadi	SP	JA
005	Hug	Christina	Grüne	JA
143	Hungerbühler	Markus	CVP	NEIN
160	Hüni	Guido	GLP	JA
116	Huser	Christian	FDP	NEIN
175	Hüssy	Kurt	SVP	NEIN

108	im Oberdorf	Bernhard	SVP	NEIN
123	Iten	Stephan	SVP	NEIN
039	Kälin	Simon	Grüne	JA
014	Käppeli	Hans Jörg	SP	JA
086	Kirstein	Andreas	AL	JA
025	Kisker	Gabriele	Grüne	JA
118	Kleger	Thomas	FDP	NEIN
026	Knauss	Markus	Grüne	JA
147	Kobler	Raphael	FDP	NEIN
045	Kraft	Michael	SP	JA
102	Krayenbühl	Guy	GLP	JA
002	Küng	Peter	SP	JA
071	Kunz	Markus	Grüne	JA
068	Kurtulmus	Muammer	Grüne	JA
066	Lamprecht	Pascal	SP	JA
158	Landolt	Maleica	GLP	JA
134	Leiser	Albert	FDP	NEIN
081	Leitner Verhoeven	Andrea	AL	JA
121	Liebi	Roger	SVP	NEIN
149	Luchsinger	Christoph	FDP	NEIN
101	Luchsinger	Martin	GLP	JA
082	Maino	Rosa	AL	JA
201	Manser	Joe A.	SP	JA
042	Manz	Mathias	SP	JA
163	Mariani	Mario	CVP	NEIN
051	Marti	Elena	Grüne	JA
154	Marty	Christoph	SVP	NEIN
069	Meier-Bohrer	Karin	Grüne	JA
104	Merki	Markus	GLP	JA
140	Monn	Thomas	SVP	NEIN
024	Moser	Felix	Grüne	JA
152	Müller	Marcel	FDP	NEIN
173	Müller	Rolf	SVP	NEIN
096	Nabholz	Ann-Catherine	GLP	JA
032	Näf	Ursula	SP	JA
125	Osbahr	Thomas	SVP	NEIN
058	Papageorgiou	Kyriakos	SP	JA
115	Pflüger	Severin	FDP	NEIN
037	Prelicz-Huber	Katharina	Grüne	JA
073	Probst	Matthias	Grüne	JA
157	Regli	Daniel	SVP	NEIN
006	Richli	Mark	SP	JA
111	Richter	Derek	SVP	NEIN
021	Rothenfluh	Gabriela	SP	JA
097	Roy	Shaibal	GLP	JA
145	Rudolf	Reto	CVP	NEIN
054	Rykart Sutter	Karin	Grüne	JA
010	Sangines	Alan David	SP	JA
065	Savarioud	Marcel	SP	JA
141	Schatt	Heinz	SVP	NEIN

077	Scherr	Niklaus	AL	ENTHALTEN
178	Schick	Peter	SVP	NEIN
089	Schiller	Christina	AL	JA
083	Schiwow	Michail	AL	JA
049	Schmid	Marion	SP	JA
170	Schmid	Michael	FDP	NEIN
146	Schoch	Elisabeth	FDP	NEIN
156	Schwendener	Thomas	SVP	NEIN
041	Seidler	Christine	SP	JA
019	Silberring	Pawel	SP	JA
151	Simon	Claudia	FDP	NEIN
107	Sobernheim	Sven	GLP	JA
017	Speck	Roger-Paul	SP	JA
171	Steger	Heinz F.	FDP	NEIN
046	Steiner	Jonas	SP	JA
034	Strub	Jean-Daniel	SP	JA
035	Tobler	Marcel	SP	JA
150	Tognella	Roger	FDP	NEIN
162	Traber	Christian	CVP	NEIN
105	Trevisan	Guido	GLP	JA
166	Tschanz	Raphaël	FDP	NEIN
183	Urben	Michel	SP	JA
110	Urech	Stefan	SVP	NEIN
120	Uttinger	Ursula	FDP	NEIN
047	Utz	Florian	SP	JA
144	Vogelbacher	Reto	CVP	NEIN
129	Weyermann	Karin	CVP	NEIN
113	Widmer	Katharina	SVP	NEIN
028	Wiesmann	Barbara	SP	JA
095	Wiesmann	Matthias	GLP	JA
061	Ziswiler	Vera	SP	JA

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 49 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zu.

2543. 2016/402
Dringliches Postulat von Florian Utz (SP) und 3 Mitunterzeichnenden vom
16.11.2016:
Verzicht auf das Outsourcing der Graffiti-Entfernung

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Wortmeldungen siehe Antrag 128 (Beschluss-Nr. 2529/2016).

Florian Utz (SP) begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2425/2016).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

Der Rat stimmt dem Antrag von Albert Leiser (FDP) mit 103 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 30 Stimmen gemäss Art. 41 Abs. 1 GeschO GR erreicht.

Abstimmung gemäss Art. 41 GeschO GR:

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
138	Anken	Walter	SVP	NEIN
087	Akyol	Ezgi	AL	JA
084	Angst	Walter	AL	JA
013	Aubert	Marianne	SP	JA
092	Babini	Mario	parteilos	JA
137	Balsiger	Samuel	SVP	NEIN
063	Bär	Linda	SP	JA
001	Bartholdi	Roger	SVP	NEIN
098	Baumann	Markus	GLP	JA
168	Baumer	Michael	FDP	NEIN
018	Beer	Duri	SP	JA
114	Bertozzi	Roberto	SVP	NEIN
133	Bodmer	Onorina	FDP	NEIN
031	Brander	Simone	SP	JA
119	Brunner	Alexander	FDP	NEIN
052	Bührig	Marcel	Grüne	JA
165	Bünger	Pablo	FDP	NEIN
003	Bürki	Martin	FDP	NEIN
176	Bürlimann	Martin	SVP	NEIN
033	Denoth	Marco	SP	JA
009	Diggelmann	Simon	SP	JA
062	Edelmann	Andreas	SP	JA
004	Egger	Heidi	SP	JA
167	Egger	Urs	FDP	NEIN
130	Egli	Andreas	FDP	NEIN
030	Egloff	Mathias	SP	JA
127	Fehr	Urs	SVP	NEIN
008	Fischer	Renate	SP	JA
015	Frei	Dorothea	SP	JA
044	Früh	Anjushka	SP	JA
099	Garcia	Isabel	GLP	JA
161	Gautschi	Adrian	GLP	JA
027	Glaser	Helen	SP	JA
135	Götzl	Martin	SVP	NEIN
020	Graf	Davy	SP	JA
088	Guggenheim	Eduard	AL	JA
048	Helfenstein	Urs	SP	JA
072	Hirsiger	Eva	Grüne	JA
011	Huber	Patrick Hadi	SP	JA
005	Hug	Christina	Grüne	JA
143	Hungerbühler	Markus	CVP	NEIN

160	Hüni	Guido	GLP	JA
116	Huser	Christian	FDP	NEIN
175	Hüssy	Kurt	SVP	NEIN
108	im Oberdorf	Bernhard	SVP	NEIN
123	Iten	Stephan	SVP	NEIN
039	Kälin	Simon	Grüne	JA
014	Käppeli	Hans Jörg	SP	JA
086	Kirstein	Andreas	AL	JA
025	Kisker	Gabriele	Grüne	JA
118	Kleger	Thomas	FDP	NEIN
026	Knauss	Markus	Grüne	JA
147	Kobler	Raphael	FDP	NEIN
045	Kraft	Michael	SP	JA
102	Krayenbühl	Guy	GLP	--
002	Küng	Peter	SP	JA
071	Kunz	Markus	Grüne	JA
068	Kurtulmus	Muammer	Grüne	JA
066	Lamprecht	Pascal	SP	JA
158	Landolt	Maleica	GLP	JA
134	Leiser	Albert	FDP	NEIN
081	Leitner Verhoeven	Andrea	AL	JA
121	Liebi	Roger	SVP	NEIN
149	Luchsinger	Christoph	FDP	NEIN
101	Luchsinger	Martin	GLP	JA
082	Maino	Rosa	AL	JA
201	Manser	Joe A.	SP	JA
042	Manz	Mathias	SP	JA
163	Mariani	Mario	CVP	NEIN
051	Marti	Elena	Grüne	JA
154	Marty	Christoph	SVP	NEIN
069	Meier-Bohrer	Karin	Grüne	JA
104	Merki	Markus	GLP	JA
140	Monn	Thomas	SVP	NEIN
024	Moser	Felix	Grüne	JA
152	Müller	Marcel	FDP	NEIN
173	Müller	Rolf	SVP	NEIN
096	Nabholz	Ann-Catherine	GLP	JA
032	Näf	Ursula	SP	JA
125	Osbahr	Thomas	SVP	NEIN
058	Papageorgiou	Kyriakos	SP	JA
115	Pflüger	Severin	FDP	NEIN
037	Prelicz-Huber	Katharina	Grüne	JA
073	Probst	Matthias	Grüne	JA
157	Regli	Daniel	SVP	NEIN
006	Richli	Mark	SP	JA
111	Richter	Derek	SVP	NEIN
021	Rothenfluh	Gabriela	SP	JA
097	Roy	Shaibal	GLP	JA
145	Rudolf	Reto	CVP	NEIN
054	Rykart Sutter	Karin	Grüne	JA

010	Sangines	Alan David	SP	JA
065	Savarioud	Marcel	SP	JA
141	Schatt	Heinz	SVP	NEIN
077	Scherr	Niklaus	AL	ENTHALTEN
178	Schick	Peter	SVP	NEIN
089	Schiller	Christina	AL	JA
083	Schiwow	Michail	AL	JA
049	Schmid	Marion	SP	JA
170	Schmid	Michael	FDP	NEIN
146	Schoch	Elisabeth	FDP	NEIN
156	Schwendener	Thomas	SVP	NEIN
041	Seidler	Christine	SP	JA
019	Silberring	Pawel	SP	JA
151	Simon	Claudia	FDP	NEIN
107	Sobernheim	Sven	GLP	JA
017	Speck	Roger-Paul	SP	JA
171	Steger	Heinz F.	FDP	NEIN
046	Steiner	Jonas	SP	JA
034	Strub	Jean-Daniel	SP	JA
035	Tobler	Marcel	SP	JA
150	Tognella	Roger	FDP	NEIN
162	Traber	Christian	CVP	NEIN
105	Trevisan	Guido	GLP	JA
166	Tschanz	Raphaël	FDP	NEIN
183	Urben	Michel	SP	JA
110	Urech	Stefan	SVP	NEIN
120	Uttinger	Ursula	FDP	NEIN
047	Utz	Florian	SP	JA
144	Vogelbacher	Reto	CVP	NEIN
129	Weyermann	Karin	CVP	NEIN
113	Widmer	Katharina	SVP	NEIN
028	Wiesmann	Barbara	SP	JA
095	Wiesmann	Matthias	GLP	JA
061	Ziswiler	Vera	SP	JA

Das Dringliche Postulat wird mit 74 gegen 49 Stimmen (bei 1 Enthaltung) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Antrag 130.

Kommissionsreferent:

Florian Utz (SP): Auch hier liegt eine budgetierte Kostensteigerung vor, die jedoch in der Meinung der einstimmigen RPK in dieser Höhe nicht einleuchtend ist. Wir beantragen deshalb eine moderate Reduktion des Budgets um 3 %.

S. 265 35 TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT
3560 Entsorgung + Recycling Zürich Stadtreinigung
3180 0000 Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
130. Antrag Stadtrat	100 000		2 998 900 2 898 900	Zustimmung Florian Utz (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)

Begründung: Budget noch immer deutlich über Rechnungen 2013 bis 2015

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 122 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

SICHERHEITSDEPARTEMENT

Antrag 059.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Florian Utz (SP): Es geht darum, wer den Entscheid fällen soll, ob Bodycams eingeführt werden oder nicht. Nach der Ansicht der Minderheit wäre auch eine versuchsweise Einführung von Bodycams ein Entscheid von nicht unerheblicher Tragweite. Deshalb sind wir der Meinung, dass das Projekt in der Kommission vorgestellt werden soll – was bereits geschehen ist –, dass man es diskutieren soll und Rückfragen stellen können soll. Die Kommission soll bei Bedarf Änderungswünsche am Reglement äussern können. Am Ende der Diskussion sollte das Wort beim Gemeinderat liegen. Der Rat soll entscheiden können, ob er sich für oder gegen den Versuch aussprechen will. Stadtrat Wolff leistet aus unserer Sicht sehr gute Arbeit. Wir haben Vertrauen in seine Arbeit. Wir glauben aber gleichzeitig, dass dieser Entscheid auch für das tägliche Auftreten der Polizei von einer derart grossen Tragweite ist, dass wir den Entscheid durch das Parlament gefällt haben möchten. Wir möchten nicht, dass der Stadtrat unabhängig davon entscheiden kann, wie die Antworten auf Rückfragen ausfallen und wie das Reglement genau aussieht. Der Gemeinderat sollte das letzte Wort haben. Nach der Bearbeitung in der Kommission kann der Stadtrat einen Zusatzkredit beantragen. Dann kann der Gemeinderat seine Zustimmung oder Ablehnung äussern. So funktioniert Demokratie.

Stefan Urech (SVP): Die Mehrheit der RPK empfiehlt, die Kürzung abzulehnen. Wir sind der Auffassung, dass die Kameras testweise eingeführt werden sollen. Nach dem Testlauf kann Bilanz gezogen werden. Die rot-grüne Ratsseite schaut bei diesem Departement offenbar sehr genau hin. Sie stellt zahlreiche Mini-Anträge. Dieser ist einer davon. Es geht um 9000 Franken auf einem Konto mit 3,5 Millionen Franken. Rot-Grün zieht die Budgetdebatte mit ihren Mini-Anträgen und mit ihren unzähligen Postulaten in die Länge. Auch wir sind keine grossen Freunde der Bodycams. Tatsache ist jedoch,

dass Zürcher Polizisten von ihren Wählern auf der Strasse mit Steinen beworfen werden. Im Rat werden sie mit Parolen und Voten beschossen. Vom Departementsvorsteher werden die Polizisten auch nicht wirklich in Schutz genommen. Sie wünschen sich nun zu ihrem Selbstschutz die Bodycams. Es ist traurig, dass es so weit kommen musste. Doch die Stadtpolizei steht von verschiedensten Seiten unter Beschuss. Es ist absolut richtig, dass sie sich mit den Kameras schützen will. Wir sprechen im Rat immer wieder über Racial Profiling. Es werden diesbezüglich zahlreiche Videos aufgeschaltet, in denen über die Polizei hergezogen wird. Man macht den Polizisten Vorwürfe bezüglich ihres Vorgehens bei Personenkontrollen. Wenn aber die Polizei selber Beweise liefern will, um zu zeigen, dass die Kontrollen korrekt ablaufen, ist man plötzlich dagegen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sicherheitsdepartements Stellung.

STR Richard Wolff: Wir sprechen an dieser Stelle nicht über die Einführung von Bodycams, sondern von einem Pilotversuch. Der Gemeinderat wird das letzte Wort haben. Wir wollen Fakten sammeln, die uns die Grundlage dafür geben, anschliessend demokratisch über die Einführung von Bodycams abstimmen zu können. Ohne Fakten dafür oder dagegen zu stimmen, halte ich weder für vernünftig noch für seriös. Der Pilotversuch ist Teil eines grösseren Projekts «Polizeiarbeit in urbanen Spannungsfeldern» (PiuS). Das Projekt ist unter anderem eine Antwort auf Postulate von der linksgrünen Seite. Mit zwei Postulaten wurde gefordert, dass etwas gegen Racial Profiling unternommen werden soll. Beim ersten Postulat geht es darum, was man dagegen unternehmen kann. Beim zweiten Postulat geht es darum, ob die Quittungen, die den Kontrollierten ausgestellt werden, dazu beitragen, dass die Personenkontrollen fairer und korrekter ablaufen. Die beiden Postulate haben das Projekt PiuS angestossen. Das Hauptprojekt besteht darin, die Personenkontrolle fairer, besser und korrekter werden zu lassen. Ein Teilprojekt betrifft die Prüfung von unabhängigen Beschwerdeinstanzen, das heisst, ob es zusätzlich zum Feedbackmanagement, das in der Polizei angesiedelt ist und zusätzlich zur Ombudsstelle und zusätzlich zum Statthalteramt eine weitere, noch unabhängigere Beschwerdeinstanz braucht. Mit den Bodycams wollen wir prüfen, ob die Personenkontrollen von Seiten der Polizei fair ausgeführt werden. Wir wollen auch prüfen, ob sich die Gewalt gegen Polizeibeamte durch die Bodycams reduziert. Auch ich bin nicht einfach ein Freund von Bodycams. Aber ich spreche mich dafür aus, dass man einen zeitlich befristeten Versuch durchführt. Mit einem Reglement, das vom Datenschützer, vom Rechtskonsulenten, von Amnesty International und vom Polizeibeamtenverband geprüft wurde. Sie haben sich trotz Vorbehalten gegenüber Bodycams alle dafür ausgesprochen, dass man Erfahrungen und Erkenntnisse sammeln sollte, ob so etwas in der Schweiz funktioniert. Wir können nicht von Versuchen aus den USA, England oder Deutschland auf die Schweiz schliessen. Es handelt sich um andere Gesellschaften und Rahmenbedingungen, die ein anderes Verständnis von Kontrolle des öffentlichen Raumes haben. In der Schweiz wird es an keinem anderen vergleichbaren Ort geprüft. Wir müssen in Zürich einen Versuch starten, das Ergebnis prüfen und danach einen Entscheid treffen. Die 9000 Franken sollen für acht Kameras verwendet werden, die von speziell geschulten Polizisten während einer beschränkten Zeit von rund neun Monaten eingesetzt werden. Im Anschluss werden die Resultate durch eine neutrale, objektive wissenschaftliche Begleitstudie der ZHAW ausgewertet. Wir haben somit einen breit abgestützten, gut fundierten und vom Datenschutz abgesicherten Versuch. In den USA und in Grossbritannien wurden Bodycams von Bürgerrechtsbewegungen gefordert. Wir wollen und können uns nicht mit diesen Ländern vergleichen, in denen andere Zustände und Bedingungen herrschen. Amnesty International kann sich vorstellen, dass durch die Bodycams dazu beigetragen werden kann, dass Personenkontrollen in jedem Fall fair und gerecht verlaufen. An anderen Orten werden Bodycams auf Wunsch der Polizisten eingeführt. Die Polizisten erhoffen sich davon, dass weniger Gewalt gegen sie ausgeübt wird, oder dass man über entsprechendes Beweismaterial verfügt. In Frankfurt sind die

Erfahrungen diesbezüglich positiv. Die Erfahrungen müssen aber auch in Zürich gemacht werden. Deshalb ist es sinnvoll, einen ergebnisoffenen Versuch durchzuführen, der wissenschaftlich begleitet, vom Datenschützer abgesegnet ist und von der Polizei bis hin zur Menschenrechtsorganisation unterstützt wird. Nach den Ergebnissen haben wir bessere Gründe, um dafür oder dagegen zu sein und können auch nochmals über das Reglement und die Rahmenbedingungen diskutieren.

Weitere Wortmeldungen:

Andreas Kirstein (AL): *Vieles wurde bereits gesagt. Die AL-Fraktion steht dem Einsatz von Bodycams skeptisch gegenüber. Es geht aber nun vorerst um einen Versuch. Dieser wird wissenschaftlich begleitet. Dies halten wir für richtig, auch wenn wissenschaftliche Begleitungen nicht per se neutral sind. Es ist uns deshalb wichtig, dass die wissenschaftliche Begleitung einen breit gefassten Auftrag erhält und sozusagen in alle Richtungen ermittelt. Es geht uns nicht primär um die Aufzeichnung von Straftaten und Übergriffen. Es geht uns in erster Linie um die Verbesserung der Personenkontrollen und weitere angesprochene Themen. Der Versuch soll zeigen, ob Bodycams zu einer Verbesserung beitragen können. Wichtig ist, dass wir die definitive Entscheidung über Einführung oder Nicht-Einführung von Bodycams in der Kommission und im Gemeinderat fällen können. Wir wollen keinesfalls, dass vergessen geht, dass es sich um einen Versuch handelt. Deshalb werde ich persönlich mich dafür aussprechen, dass der Versuch in der von mir formulierten Anordnung begleitet und durchgeführt wird.*

Marcel Bührig (Grüne): *Die Grünen stimmen der Kürzung um 9000 Franken zu. Es stimmt, niemand ist a priori dagegen, denn es handelt sich um einen Versuch. Uns verwundert jedoch, dass man aus der Vergangenheit nichts gelernt hat. Wir sind nicht die erste Stadt, die einen Versuch wie diesen durchführt. Als Doppelbürger und deutscher Staatsbürger kann ich nicht verstehen, dass Deutschland so anders sein soll als die Schweiz. Die Voraussetzungen sind sehr ähnlich. In Deutschland sagte Amnesty International, dass die Voraussetzungen und die Erwartungshaltungen stimmen müssen. Die Kameras können nie die ganze Wahrheit zeigen. Sie zeigen die Ereignisse nur aus der Perspektive der Polizeibeamten und können nicht das gesamte Sichtfeld abdecken. Sie sind nicht manipulationssicher. Der Polizist oder die Polizistin können die Kamera selber ein- und ausschalten. Als betroffene, zu kontrollierende Person kann man zwar darum bitten, dass die Kamera eingeschaltet wird, der Polizist muss dieser Aufforderung aber nicht Folge leisten. Diese Problematik besteht bereits bei einem Versuch. Im Übrigen existieren sehr viele wissenschaftliche Studien dazu. Es braucht somit nicht zwingend eine Studie in Zürich. Des Weiteren stellt sich die Frage, wo man unsere Studie einordnet. Die bestehenden Studien stammen aus den USA, aber auch aus England, Deutschland, Frankreich und Belgien. Sie zeigen eine sehr grosse Bandbreite auf. Die einen Studien berichten, dass die Gewalt und die Reklamationen abnehmen würden. Zur gleichen Zeit kommt von einer anderen Universität eine Studie, die das Gegenteil aussagt: Die Gewalt nehme zu, die Probleme würden zunehmen, die Leute fühlten sich beobachtet und nicht sicher. Das ist problematisch. Wir befürworten den Antrag der SP. Wir möchten, dass der Pilotversuch, sofern er durchgeführt wird, unter anderen Umständen gestaltet wird. Es braucht PiuS. Die Spannungsfelder in Zürich sind enorm. Niemand möchte als Polizeibeamter Opfer von gewalttätigen Angriffen werden. Umgekehrt wünscht sich niemand Racial Profiling oder Gewalt von Polizeibeamten gegen mögliche Delinquenten. Das bedeutet aber nicht, dass dazu Bodycams eingesetzt werden müssen. Die New York Times hat dazu einen interessanten Bericht publiziert, im Rahmen dessen verschiedene nachgestellte Situationen aus der Sicht einer Bodycam gezeigt wurden. Wenn man das Bild der Bodycam sieht, denkt man, der Polizeibeamte sei angegriffen worden und hätte sich verteidigen müssen. Aus der Aussenperspektive sieht es allerdings komplett anders aus: Die beiden Personen tanzen nur miteinander. Es ist*

uns schleierhaft, wie man unter Berücksichtigung von Voraussetzungen und Fehlern, die andere Städte gemacht haben, alles nicht geschickter aufziehen kann. Es bringt nichts, nochmals den genau gleichen Versuch auszuführen, den andere Städte bereits gemacht haben. In anderen Städten haben die Versuche auch dazu geführt, dass keine Bodycams mehr eingesetzt werden. Daher ist dem Antrag der SP zu folgen.

Guido Trevisan (GLP): *In der Kommission wurde uns das Konzept des Pilots vorgestellt. Stadtrat Wolff sowie der Polizeikommandant konnten uns glaubhaft darlegen, dass es ihnen nicht darum geht, sich in ein Abenteuer zu stürzen, sondern dass man auch bei der Polizei, aber auch in der Bevölkerung spürt, welche Gefühle bei der Einführung oder bei einem Testversuch von Bodycams vorliegen. Damit geht man beim Test mit dem notwendigen Feingefühl um. Uns ist eine wissenschaftliche Begleitung wichtig, auch wenn es andernorts schon Studien gibt. Müssten wir ohne Studie entscheiden, würden wir uns auf Studien aus anderen Städten und auf irgendwelche Gefühle abstützen. Das Datenmaterial hilft somit sicher als Entscheidungsgrundlage. Wie die Ergebnisse von den einzelnen Fraktionen interpretiert werden, ist ihnen überlassen. Uns als GLP-Fraktion ist es wichtig, dass das Ja zur Bodycam nicht als ein generelles Ja zu Bodycams verstanden wird, sondern als ein Ja zu einem Test und zu einer wissenschaftlichen Begleitung.*

Markus Hungerbühler (CVP): *Es geht um einen wissenschaftlich begleiteten Versuch. Das ist den Kommissionsmitgliedern bekannt. Es gab in der Kommission ausführliche Erklärungen zum Ablauf des Versuchs. Es wurde nun auch ausdrücklich erwähnt, dass wir nach Ablauf des Versuchs nochmals über die Einführung von Bodycams diskutieren können. Wir befinden uns in einer Budgetdebatte, in der wir keine zweistündige Debatte über die Befürwortung oder Ablehnung von Bodycams führen müssen. Der Versuch wird uns die Grundlagen liefern, die wir benötigen. Er wird zeigen, ob die Einführung von Bodycams sinnvoll ist oder nicht. Es geht um 9000 Franken. Wenn wir nun nochmals eine Stunde lang darüber debattieren, haben wir den Betrag bereits ausgegeben, wenn auch auf einem anderen Konto. Es zeigt sich, dass die linke Ratshälfte sehr polizeikritisch eingestellt ist, fast schon überkritisch. Wir sind der Meinung, dass der Versuch gestartet werden soll. Wenn er abgeschlossen und ausgewertet ist, kann man darüber diskutieren, ob man die Bodycams einführen will oder nicht. Zum jetzigen Zeitpunkt aber ist diese Diskussion verfrüht.*

Samuel Balsiger (SVP): *Vor einem Jahr gab es in der Innenstadt Randalen. Sie führten zu sieben verletzten Polizisten, eingeschlagenen Fenstern, geplünderten Läden, angezündeten Autos und Containern. Die Gewalt kam aus der linksalternativen Ecke, aus der Besetzerszene. Niemand im Rat gehört zu jenen, die diese Gewalt ausüben, doch die Gewalt kommt aus dem gedanklichen Milieu, das diese Parteien hier vertreten. Wenn es darum geht, dass auf dem Koch-Areal Straftaten begangen werden, werden diese im Rat heruntergespielt. Es ist zu beachten, dass Gemeinderäte auch eine gewisse Vorbildfunktion haben. Die Bodycams sind sicherlich keine optimale Lösung. Da sich aber die linke Gewalt derart ausbreitet, ist es möglicherweise schlicht eine sich daraus ergebende Konsequenz. Es hat einen faden Beigeschmack, dass Stadtrat Wolff diesen Versuch mit Racial Profiling in Verbindung bringt. Es ist ein Zeichen, dass das Vertrauen in seine Leute nicht vorhanden ist und er den Versuch vermutlich nur einführen will, weil das Misstrauen gegenüber den eigenen Leuten so gross ist. Er tut es nicht, um seine Leute zu schützen, obwohl die Polizisten von links bedroht werden.*

Andreas Egli (FDP): *In der Kommission wurden sehr genaue Informationen abgegeben. Die Arbeit, die der Stadtrat und die Polizeikommission geleistet haben, scheint mir sehr fundiert und sehr wertvoll. Es wäre sinnvoll, wenn einige der Gemeinderäte, die sich nun geäußert haben, die jeweiligen Weisungen und Medienmitteilungen lesen*

würden. Man hat aus den an anderen Orten durchgeführten Versuchen die entsprechenden Lehren gezogen. Dies wurde entsprechend kommuniziert. Letztlich ist der Versuch gut geplant und gut vorbereitet. Wenn man jetzt die 9000 Franken streichen würde, würde dies bedeutende Mehrkosten verursachen und am Ende deutlich teurer werden als die 9000 Franken, die eingespart würden.

Ursula Uttinger (FDP): Man weiss, dass nebst der Videoüberwachung auch Bodycams teilweise das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung erhöhen können. Man weiss auch, dass Gewalt bei der Polizei durch Bodycams teilweise reduziert werden konnte. Wir müssen diesem Versuch eine Chance geben. Er wird von einer unabhängigen Institution wissenschaftlich begleitet, die nicht im Verdacht steht, dass sie zum Vornherein tendenziös ist. Wegen 9000 Franken so lange darüber zu diskutieren, halte ich für etwas peinlich.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sicherheitsdepartements Stellung.

STR Richard Wolff: Einige Anmerkungen. Erstens: Die wissenschaftliche Begleitung ist in alle Richtungen offen. Zweitens: Der Gemeinderat muss zwingend noch einmal über das Thema diskutieren. Es braucht für die definitive Einführung vermutlich eine Änderung der Allgemeinen Polizeiverordnung. Der Gemeinderat muss definitiv darüber entscheiden. Drittens: Der Polizist muss die Kamera auf Forderung der kontrollierten Person einschalten. Tut er dies nicht, kann er dafür angezeigt werden. Falls hier Probleme auftauchen sollten, wird der Versuch dies zeigen. Viertens: Es wurden nun Studien, die niemand genau kennt und gelesen hat, in der Diskussion herumgeworfen. Es werden Behauptungen aufgestellt, welche Ergebnisse in anderen Ländern erzielt wurden. Das scheint mir etwas fahrlässig. Es wurde gesagt, dass Bodycams zu mehr Gewalt führen würden. In der Cambridge-Studie ist etwa zu lesen, dass in Ausnahmefällen durchaus auch Situationen vorkommen können, in denen Gewalt durch das Tragen einer Bodycam entsteht, so etwa in einer Situation, die bereits sehr aggressiv beginnt. Durch das Einschalten der Bodycam kann die aggressive Grundstimmung noch angeheizt werden. Die Studie sagt aber auch aus, dass die Kameras im Normalfall eine deeskalierende Wirkung haben. Dies besagt auch die Mehrheit der anderen Studien. In Deutschland gibt es unseres Wissens keine Studien. Die Polizei hat die Versuche selber ausgewertet. Das wollen wir nicht. Wir wollen eine Sicht von Aussenstehenden auf den Versuch, eine möglichst ausgewogene und in alle Richtungen ermittelnde Untersuchungsinstanz. Racial Profiling ist ein Begriff, den ich aus einem Postulat zitiert habe. Es ist kein Begriff, den wir weiter verwenden wollen. Wir wollen von fairen, korrekten Personenkontrollen sprechen. Mit diesem Begriff wird viel mehr abgedeckt als Racial Profiling, so etwa auch Kontrollen, denen Jugendliche oder andere Gruppen unterworfen sind, die nicht unter den Begriff Racial Profiling fallen. Ich hoffe, dass der Versuch eine Win-Win-Situation ergeben wird, mit der alle zufrieden sind. Ergibt sich eine Lose-Lose-Situation, ist klar, dass wir die Bodycams nicht definitiv einführen werden.

S. 197	25 2520 3111 0303	SICHERHEITSDEPARTEMENT Stadtpolizei Anschaffungen Maschinen, Geräte und Einrichtungen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
059.	Antrag Stadtrat				3 338 700	Mehrheit
						Stefan Urech (SVP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Shaibal Roy (GLP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)

9 000	3 329 700	Minderheit	Florian Utz (SP) Referent, Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP)
		Enthaltung	Präsident Walter Angst (AL)
Begründung:		Keine Beschaffung von Bodycams, solange das Projekt in der SK SID/V nicht diskutiert wurde und der Gemeinderat nicht einem Zusatzkredit zugestimmt hat	

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 65 gegen 55 Stimmen (bei 3 Enthaltungen) zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 060. bis 062.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Walter Angst (AL): In der Blauen Zone haben sich in den vergangenen Jahren Reserven von mehr als 10 Millionen Franken angesammelt. Die Erträge steigen jährlich um rund eine halbe Million Franken. Der Stadtrat hat beschlossen, erstmals im Jahr 2017 eine Teilabführung der Überschüsse vorzunehmen, entsprechend dem Reglement der Blauen Zone und schlägt vor, eine Million Franken in die allgemeinen Mittel der Stadtkasse abzuführen. Eine detaillierte Studie der Situation zeigt, dass damit keine markante Reduktion der Reserven möglich ist. Wir hatten 2015 bereits 16,2 Millionen Franken an Einnahmen. Wenn es so weitergeht wie in den letzten zwei Jahren, werden wir 2017 einen Ertrag von 17 Millionen Franken haben. Im Budget sind nur 15,4 Millionen Franken eingestellt. Von daher würde der Topf bei einer Abführung von lediglich 1 Million Franken weiter anwachsen. Die Mehrheit der RPK beantragt, die Abführung auf 2,5 Millionen Franken zu erhöhen. Würde der Ertrag so bleiben wie heute, würde dies innerhalb von fünf Jahren auf eine Zielgrösse von 3 Millionen Franken führen. Falls mehr Einnahmen anfallen, müsste man den Betrag sogar erhöhen, um innert vernünftiger Frist zu einer sinnvollen Reserve zu kommen.

Christian Traber (CVP): Die Ausgangslage wurde gut geschildert. Die Minderheit kommt jedoch zu einem anderen Schluss. Der Stadtrat hat diese Überführung zum ersten Mal beantragt. Wir wollen dies weiter beobachten. Es ist nicht sicher, dass sich der Topf so entwickeln wird wie von Walter Angst (AL) dargelegt. Man sollte dem Stadtrat vertrauen und nach seinem Vorschlag verfahren. Es braucht auch eine grundsätzliche Diskussion, wie es mit dieser Position weitergehen soll. Dafür ist die Budgetdebatte jedoch das falsche Gefäss.

S. 194 **25** **SICHERHEITSDEPARTEMENT**
2506 **Blaue Zonen**
3730 0750 **Übertrag nicht betriebsnotwendiger Überschüsse auf die Finanzverwaltung**

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
060.	Antrag Stadtrat			1 000 000	Minderheit	Christian Traber (CVP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Raphaël Tschanz (FDP) Präsident Walter Angst (AL) Referent, Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
			1 500 000	2 500 000	Mehrheit	

Enthaltung Peter Schick (SVP), Stefan Urech (SVP)

Begründung: Abbau Spezialfinanzierung von 10 auf 3 Millionen Franken in 5 Jahren

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 76 gegen 47 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 061.

Wortmeldungen siehe Antrag 060.

S. 194	25	SICHERHEITSDEPARTEMENT				
	2506	Blaue Zonen				
	4340 0222	Parkkartengebühren				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
061.	Antrag Stadtrat				-15 400 000	Minderheit
			800 000		-16 200 000	Mehrheit
						Enthaltung
						Christian Traber (CVP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Raphaël Tschanz (FDP) Präsident Walter Angst (AL) Referent, Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP) Peter Schick (SVP), Stefan Urech (SVP)
						Begründung: Abbau Spezialfinanzierung von 10 auf 3 Millionen Franken in 5 Jahren

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 73 gegen 47 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 062.

Wortmeldungen siehe Antrag 060.

S. 194	25	SICHERHEITSDEPARTEMENT				
	2506	Blaue Zonen				
	4800 0000	Entnahme aus dem Ausgleichskonto der Spezialfinanzierung				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
062.	Antrag Stadtrat				- 601 100	Minderheit
			700 000		-1 301 100	Mehrheit
						Enthaltung
						Christian Traber (CVP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Raphaël Tschanz (FDP) Präsident Walter Angst (AL) Referent, Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP) Peter Schick (SVP), Stefan Urech (SVP)
						Begründung: Abbau Spezialfinanzierung von 10 auf 3 Millionen Franken in 5 Jahren

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 74 gegen 50 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 063.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Walter Angst (AL): Bei den Ergebnissen der letzten Rechnungen sind wir im Schnitt bei jeder dieser Rechnungen 1,5 Millionen Franken unter dem Budget geblieben. Im Zeichen des Versuchs, korrekte Budgets zu erstellen und Reserven zu entfernen, beantragt die Minderheit 1 die Streichung von 1,5 Millionen Franken. Es ist uns bewusst, dass es unklar ist, wie sich 2017 alles entwickeln wird. Eine Klasse wird die Polizeiausbildung abschliessen. Es ist möglich, dass sich die Ergebnisse der letzten drei Jahre nicht bestätigen. In diesem Fall würden wir den Stadtrat bitten, einen entsprechenden Zusatzkredit zu beantragen. Im Moment scheint es uns aber realistisch, dass der unserer Meinung nach einzusetzende Betrag genügt.

Matthias Probst (Grüne): Die Grünen schlagen vor, diesen Betrag noch mehr zu kürzen. Von den 217 Millionen Franken auf dem Konto möchten wir 4 Millionen Franken kürzen. Wir stellen uns vor, dass dabei die eine oder andere Stelle davon betroffen ist. Es hat offenbar zurzeit zu viele Ressourcen bei der Stadtpolizei für gewisse Bereiche. Wir haben in der Stadt nach wie vor die Situation, dass massenweise Kleinkonsumenten gejagt werden. In einer Anfrage wollten wir einst wissen, wie viele Kosten für die Betäubungsmittelbekämpfung eingesetzt werden. Die Aussagen seitens Polizeidepartement und Stadtrat waren vage. Man könne dies nicht genau beziffern. Es seien aber mindestens 50 Vollzeitstellen. Das ist sehr viel. Man sprach dabei von 7,5 Millionen Franken für diese Stellen. Insofern sind wir mit unserem Kürzungsantrag kulant. In derselben Anfrage wurde uns auch geantwortet, dass der Konsum von Cannabis in Zürich grundsätzlich kein relevantes Sicherheitsproblem darstelle. Trotzdem werden sehr viele Ressourcen eingesetzt, um dem Konsum von Cannabis und anderen Drogen nachzugehen. Ich bin kein Freund von Illegalisierungen von Substanzen. Dies sollte anders gelöst werden. Es wurde argumentiert, dass die Vorfälle im Fall von eingehenden Hinweisen von Amtes wegen verfolgt werden müssten. Das Oficialprinzip verpflichte die Polizei dazu, auch den Kleinhandel und den Konsum von Cannabis zu verfolgen. Neu wissen wir, dass dem nicht so ist. Die Stadtpolizei tut dies freiwillig. Der grösste Teil der Cannabiskonsumenten, die wohl kaum mehr als 10 Gramm bei sich tragen, werden in Zürich illegalerweise verzeigt. Entsprechend vertreten wir die Meinung, dass man in diesem Bereich Ressourcen streichen müsste und diese anderen Bereichen zuordnen müsste. Solange dies nicht umgesetzt wird, werden wir diesen Antrag stellen. Entsprechend werden wir auch das später folgende FDP-Postulat unter Antrag 74 unterstützen. Die Ressourcen müssen in Bereiche verschoben werden, in denen man sie wirklich braucht. Wir wollen ein Signal setzen. Wir möchten eine Veränderung sehen bei der Stadtpolizei.

Stefan Urech (SVP): Die Mehrheit ist nicht der Meinung, dass Zürich ein rechtsfreier Raum ist, und steht für eine starke Stadtpolizei ein. Gerade das Polizeipersonal hat von allen städtischen Angestellten einen der härtesten Jobs. Die Anträge sind deshalb nicht zu unterstützen.

Weitere Wortmeldungen:

Florian Utz (SP): Die SP stimmt bei diesem Konto wie die SVP. Wir sehen es hinsichtlich der Begründung jedoch anders. Bezüglich des rechtsfreien Raums verweise ich auf das Stimmverhalten der SVP bei Antrag 76, bei deren Antrag mit der Begründung «weniger Bussen», bei deren Antrag mit der Begründung, das Stadtrichteramt von der Arbeit abzuhalten, bei deren Antrag mit der Begründung, dass man bei Radarfallen nichts mehr machen darf. Wie die Grünen sehen auch wir es so, dass man in den einen Bereichen etwas weniger, dafür in anderen Bereichen etwas mehr tun sollte. Eine gewisse Umschichtung kann und soll vorgenommen werden. Wir sind aber der Meinung, dass man gleich viele Stellen bei der Stadtpolizei belassen sollte wie bis anhin. Die SP vertritt diese Position seit Jahren. Wir haben stets alle Kürzungsanträge und alle Erhöhungsanträge abgelehnt.

Dr. Mario Babini (parteilos): Es kommt nicht oft vor, dass AL, GLP und CVP die Stimme der Vernunft präsentieren. Wenn die SP sieht, dass es knapp wird, würde ich sie unterstützen. Ich appelliere aber an die Vernunft. Die SP sollte AL, GLP und CVP unterstützen.

Roger Liebi (SVP): Ich möchte auf das Verhalten der GLP eingehen. Bei einem vorherigen Antrag, bei dem es um das Gewerbe ging, wollte sie zwei Staatsstellen auf keinen Fall streichen. Plötzlich streicht sie nun 15 Stellen bei der Polizei, bei der Sicherheit. Sie argumentiert damit, dass es ohnehin nicht besetzte Stellen seien. Am Anfang hat sie einen Pauschalabzug «nicht besetzte Stellen» vorgenommen. Wenn sie nun diese Kürzung dazu nimmt, hat sie den Pauschalabzug erhöht. Entweder will sie diesen erhöhen oder bewusst Stellen im Polizeidepartement streichen. Nach aussen wirkt das so, dass sie an der Sicherheit sparen möchte. Wir nehmen das zur Kenntnis. Die GLP handelt in der Budgetdebatte nicht sehr stringent.

S. 196	25	SICHERHEITSDEPARTEMENT				
	2520	Stadtpolizei				
	3010 0000	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
063.	Antrag Stadtrat				217 078 300	Mehrheit Stefan Urech (SVP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Alan David Sangines (SP), Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
			1 500 000		215 578 300	Minderheit 1 Präsident Walter Angst (AL) Referent, Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP)
			4 000 000		213 078 300	Minderheit 2 Felix Moser (Grüne) Referent
		Begründung:	AL: Budget wurde in der Vergangenheit nicht ausgeschöpft, bei Bedarf Zusatzkredit beantragen; Grüne: Stellenreduktion, z. B. Verzicht auf unbegründete und ungesetzliche Kontrollen von KonsumentInnen			

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat/Mehrheit	(217 078 300)	82 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(215 578 300)	28 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(213 078 300)	<u>14 Stimmen</u>
Total		124 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Antrag 064.

Kommissionsreferent:

Stefan Urech (SVP): *Es geht um Temporäre Aktionen in der Öffentlichkeit bei der Stadtpolizei. Wir haben uns in der RPK geeinigt, dass hier 40 000 Franken reduziert werden sollen und die Präventionsmassnahme mit dem Titel «Aktuelle Phänomene» aus der Überbudgetierung der übrigen Massnahmen finanziert werden soll. Bei dieser Massnahme war nicht klar, was dieser Titel bedeutet.*

S. 197	25 2520 3107 0000	SICHERHEITSDEPARTEMENT Stadtpolizei Temporäre Aktionen in Öffentlichkeitsarbeit			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
064.	Antrag Stadtrat		40 000		426 700 386 700
					Zustimmung
					Stefan Urech (SVP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
		Begründung:	Präventionsmassnahmen «Aktuelle Phänomene» aus der Überbudgetierung anderer Massnahmen finanzieren		

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 118 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 065.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Florian Utz (SP): *Auf diesem Konto sind diverse kleinere Beschaffungen wie etwa Klei-*

derständer oder Spezialeinbauten budgetiert. Gegen die überwiegende Mehrheit der aufgelisteten Beschaffungen ist aus Sicht der RPK-Mehrheit nichts einzuwenden. Die meisten Beschaffungen sind sinnvoll. Es sind auch einige sicherheitsrelevante Beschaffungen wie etwa der Gehörschutz der Stadtpolizei enthalten, die wir nicht streichen möchten, obwohl sie teuer sind. Es hat auch einige nicht sicherheitsrelevante Posten auf diesem Konto. Beim einen oder anderen Posten ist sicherlich noch ein gewisses Sparpotenzial vorhanden. Die Mehrheit schlägt deshalb vor, 3 % zu streichen.

Stefan Urech (SVP): Das Budgetkosmetikstudio versucht wieder einmal, das Budget zu sanieren. Es tut es nicht bei der ewig wachsenden Sozial-, Betreuungs- und Asylindustrie, nicht bei Museumspädagogik und psychosozialer Gesundheit und auch nicht bei Bewegungsräumen. Gespart werden soll bei Kleiderständern der Stadtpolizei. Die SVP steht hinter den Kleiderständern. Sie stellen ein wichtiges Objekt im Alltag eines Polizisten dar. Wir wollen dies der Stadtpolizei nicht vorenthalten.

S. 197	25	SICHERHEITSDEPARTEMENT				
	2520	Stadtpolizei				
	3111 0303	Anschaftungen Maschinen, Geräte und Einrichtungen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
065.	Antrag Stadtrat				3 338 700	Minderheit
			100 000		3 238 700	Mehrheit
		Begründung:	Zurückhaltender Mitteleinsatz im nicht sicherheitsrelevanten Bereich, z. B. bei Kleiderständern oder Spezialeinbauten			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 066. bis 069.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Guido Trevisan (GLP): Ich spreche für die vier nachfolgenden Anträge. Es geht in der Hauptsache um den Betrieb von 2500 mobilen Geräten wie ipods, iphones und dergleichen und dabei insbesondere um den Ersatz von 570 Geräten des Modells iphone 5, die seit vier bis fünf Jahren in Betrieb sind. Die Mehrheit der RPK ist der Ansicht, dass der Ersatz dieser Geräte auf zwei Geschäftsjahre verteilt werden kann. Auf dem Konto 3112 bedeutet das eine Verbesserung von 10 000 Franken, auf dem Konto 3152 eine Verschlechterung von 25 000 Franken, auf dem Konto 3310 eine Verbesserung von 85 000 Franken, auf dem Konto 500 1411 eine Verbesserung von 256 500 Franken. In der Begründung zu den RPK-Fragen wird erläutert, dass die iphones im Polizeialltag und auch im privaten Umfeld im Einsatz sind. Durch die technische Alterung und durch Defekte aus äusseren Einwirkungen müssen die Geräte immer häufiger repariert werden. Diese Art von Defekten, bei denen die Benutzenden die Verantwortung tragen, machen mehr als 50 % der Reparaturen aus. Dies wird sich auch künftig kaum ändern,

wenn wie vom Stadtrat gewünscht ein neues Modell eingeführt wird. Es wird angeführt, dass der Lebenszyklus eines Handys bei der Polizei mit vier bis fünf Jahren um einiges länger ist als im privaten Umfeld, wo alle zwei bis zweieinhalb Jahren das Handy ersetzt wird. Die Mehrheit möchte darauf hinweisen, dass im privaten Umfeld andere Angebote existieren, die in einem Umfeld der Konkurrenz und Abokultur dazu führen, dass man sein Handy wechselt, obwohl man es noch Monate oder Jahre länger nutzen könnte. Dieser Vergleich hinkt somit. Ein Gerät sollte so lange genutzt werden, wie es funktioniert und so lange die Mindestsicherheitsstandards der Stadtpolizei erfüllt sind. Die Qualität von Kameras, die ebenfalls als Grund angeführt wurde, mag ein Kriterium sein. Doch dies sollte das Sicherheitsdepartement nicht daran hindern, die Anschaffung über zwei Jahre zu verteilen. Die Firma, die vor einem Monat beauftragt wurde, die neuen Geräte zu besorgen, wird die Beziehung zur Stadt deshalb nicht abbrechen und Schadenersatz fordern. Dafür dürfte die Stadt als Grossauftraggeberin zu wichtig sein. Unserer Ansicht nach wird die Streckung über 24 Monate oder zumindest über 13 Monate bei der Stadtpolizei nicht zur Handy-Apokalypse führen.

Stefan Urech (SVP): Die Datenerfassung über Handys und mobile Geräte der Polizei ist sehr wichtig. Es besteht ein ausgeklügeltes System, damit die Datenerfassung rasch und sauber vonstattengehen kann. Die Minderheit der RPK ist der Überzeugung, dass sich der Stadtrat genügend informiert hat, welches aktuelle Modell für diese Aufgabe am besten passt und dass er nur so viele Handys beschafft, wie es braucht.

Weitere Wortmeldung:

Michael Baumer (FDP): Wir haben alles nochmals genau studiert. Bei der Polizei existiert tatsächlich eine andere Nutzungsstruktur der Geräte. Ich kann die nun vorgetragene Begründung der Mehrheit nicht ganz nachvollziehen. Aus diesen Gründen wechseln wir zur Minderheit.

Andreas Egli (FDP): Es wurde im Rat einst darüber abgestimmt, ob man der Polizei Fairphone-Geräte anstelle von iPhone-Geräten oder Samsung-Geräten zur Verfügung stellen sollte. Geräte der letzteren beiden Marken, insbesondere Apple-Computer, werden im Rat häufig genutzt, insbesondere auf der linksgrünen Seite, was aus meiner Sicht verlogen ist.

Dr. Mario Babini (parteilos): Ich war einst Chief Technology Officer für eine Firma im Bereich Financial Services. Als ich das erste Mal in den Rat trat, stellte ich fest, dass einige Personen Apple benutzen. Für Computer anderer Marken als Apple braucht es eine höhere Intelligenz. Man kann aber nicht davon ausgehen, dass städtische Angestellte im Durchschnitt über höhere Intelligenz verfügen als die linke Ratsseite. Somit sollte alles klar sein.

S. 197	25 2520 3112 0000	SICHERHEITSDEPARTEMENT Stadtpolizei Anschaffungen IT-Anlagen Hardware			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
066.	Antrag Stadtrat				420 000 Minderheit
					Stimmen Stefan Urech (SVP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP)

10 000

410 000 Mehrheit

Shaibal Roy (GLP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)

Begründung: Nur dringende Ersatzbeschaffungen, daher Anschaffung über zwei Jahre und Umsetzung Fairphone abwarten

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 66 gegen 59 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 067.

Wortmeldungen siehe Antrag 066.

S. 197 **25** **SICHERHEITSDEPARTEMENT**
2520 **Stadtpolizei**
3152 0000 **Unterhalt IT-Anlagen Hardware**

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
067. Antrag Stadtrat			320 000 Minderheit	Stefan Urech (SVP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP)
		25 000	345 000 Mehrheit	Shaibal Roy (GLP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)

Begründung: Nur dringende Ersatzbeschaffungen, daher Anschaffung über zwei Jahre und Umsetzung Fairphone abwarten

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 65 gegen 58 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 068.

Wortmeldungen siehe Antrag 066.

S. 198	25 2520 3310 0000	SICHERHEITSDEPARTEMENT Stadtpolizei Ordentliche Abschreibungen auf Investitionen und Sachgütern des Verwaltungsvermögens				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
068.	Antrag Stadtrat				3 917 000	Minderheit Stefan Urech (SVP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP)
			85 000		3 832 000	Mehrheit Shaibal Roy (GLP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
		Begründung:	Nur dringende Ersatzbeschaffungen, daher Anschaffung über zwei Jahre und Umsetzung Fairphone abwarten			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 66 gegen 58 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 069.

Wortmeldungen siehe Antrag 066.

S. 200	25 2520 501411	SICHERHEITSDEPARTEMENT Stadtpolizei Anschaffung IT-Anlagen Hardware				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
069.	Antrag Stadtrat				900 000	Minderheit Stefan Urech (SVP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP)
			256 500		643 500	Mehrheit Shaibal Roy (GLP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
		Begründung:	Nur dringende Ersatzbeschaffungen, daher Anschaffung über zwei Jahre und Umsetzung Fairphone abwarten			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 66 gegen 58 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 070.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Christian Traber (CVP): Es geht bei den Anträgen 70 und 71 um relativ kleine Beträge. Bei Antrag 70, Unterhalt der Fahrzeuge, haben wir festgestellt, dass dieser Betrag für 2017 deutlich erhöht wird. Wir sind der Meinung, dass der Betrag auf Höhe des Budgets 2016 ausreicht und schlagen eine Reduktion auf 403 000 Franken vor.

Stefan Urech (SVP): Die Mehrheit der RPK teilt diese Ansicht nicht. Es waren im RPK-Tool auch keine Fragen ersichtlich, die erklären würden, weshalb eine Kürzung begründet ist. Für uns gehört die Verbesserung in die Kategorie Zufallsprinzip.

Weitere Wortmeldung:

Florian Utz (SP): Wir werden mit der Mehrheit stimmen. Die Kürzung wurde aber nicht per Zufallsprinzip bestimmt. Die Fahrzeuge der Stadtpolizei sind jeweils länger in Betrieb. Streifenwagen werden nahezu bis zu 300 000 Kilometer gefahren, deutlich mehr als die Troubleshooter aus dem Departement der Industriellen Betriebe. Wenn Fahrzeuge länger gefahren werden, steigen die Unterhaltskosten. Wir befürworten einen längeren Einsatz der Fahrzeuge. Aus unserer Sicht handelt es sich um sinnvolle Sparmassnahme, unter der auch die Sicherheit nicht leidet. Dass die Kosten für den Unterhalt dabei steigen, halten wir für logisch und verständlich.

S. 197	25	SICHERHEITSDEPARTEMENT				
	2520	Stadtpolizei				
	3151 0100	Unterhalt Fahrzeuge				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
070.	Antrag Stadtrat				430 000 Mehrheit	Stefan Urech (SVP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Peter Schick (SVP), Florian Utz (SP)
			27 000		403 000 Minderheit	Christian Traber (CVP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung: Budget 2016 sollte ausreichen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 27 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 071.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Christian Traber (CVP): Auch auf dieser Position ist im Vergleich zum Vorjahr Luft erhalten. Bei der vorgeschlagenen Kürzung handelt es sich um einen bescheidenen Betrag von 28 000 Franken. Die Äusserung der SVP zu Antrag 070 werde ich mir hinsichtlich anderer Situationen merken. Eine Kürzung ist hier hinsichtlich der Beträge der Vor-

jahre tragbar.

Stefan Urech (SVP): *Uns wurde verboten, in einem Konto von 1,7 Millionen Franken 28 000 Franken zu streichen. Wenn die Verbesserung aus Antrag 70 nicht nach Zufallsprinzip erfolgte, geschah dies sicherlich bei der nun vorliegenden.*

S. 197	25 2520 3151 0200	SICHERHEITSDEPARTEMENT Stadtpolizei Unterhalt Maschinen, Geräte, Einrichtungen, Korpsmaterial und Ausrüstung				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
071.	Antrag Stadtrat				1 756 900	Mehrheit
			28 000		1 728 900	Minderheit
						Stefan Urech (SVP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Peter Schick (SVP), Florian Utz (SP) Christian Traber (CVP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung:	Budget 2016 sollte ausreichen		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 96 gegen 26 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 072.

Kommissionsreferent:

Florian Utz (SP): *Auch auf diesem Konto konnten wir eine Kostensteigerung feststellen. Auf Nachfrage stiessen wir auf Kautionen, die die Stadtpolizei den Gerichten überweisen muss. Der Grund dafür liegt offenbar darin, dass die Stadtpolizei mehr oder weniger regelmässig Beschwerden gegen Einstellungsverfügungen der Staatsanwaltschaft einreicht. Wurde beispielsweise ein Polizist bei einer Personenkontrolle von der kontrollierten Person beleidigt, und will dabei die Staatsanwaltschaft aufgrund dünner Beweislage das Verfahren einstellen, kann der Polizist eine Beschwerde an das Obergericht einreichen. Das ist richtig. Aus unserer Sicht ist es allerdings nicht richtig, dass der Steuerzahler für diese Beschwerde aufkommen muss. Es sind die Rechtsschutzkosten des Polizisten, der einen Rechtsanwalt erhält, der dann die Beschwerde an das Obergericht ausführt. Aus Sicht der Mehrheit der RPK ist dies ein Leerlauf. Diejenigen Fälle, die bereits die Staatsanwaltschaft einstellen würde, selbst wenn das Obergericht entscheidet, dass diese nicht eingestellt werden sollten, führen vor Gericht ohnehin zu einem Freispruch. Mir ist nicht bekannt, dass jemals ein Schuldspruch vorkam, nachdem die Staatsanwaltschaft den Fall hätte einstellen wollen. Man kann hier deshalb problemlos eine Kürzung vornehmen.*

S. 198	25 2520 3180 0000	SICHERHEITSDÉPARTEMENT Stadtpolizei Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
072.	Antrag Stadtrat		100 000		3 885 500 3 785 500	Zustimmung Florian Utz (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)
						Begründung: Senkung der Rechtsschutzkosten durch weniger Beschwerden gegen Entscheide der Staatsanwaltschaft und andere Einsparungen

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 120 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 073.

Kommissionsreferent:

Florian Utz (SP): *Es geht um die Projektbegleitungen der Präventionskampagnen. Die RPK ist einstimmig der Meinung, dass es bei Präventionskampagnen nicht noch zahlreiche Projektbegleitungen und -beratungen braucht. Von der Stadtpolizei wurden 40 000 Franken budgetiert. Unserer Meinung nach müsste die Hälfte davon ebenfalls ausreichen. In speziellen Fällen mag eine Begleitung und Beratung sinnvoll sein, die Mehrheit der Kampagnen dürfte dies aber nicht benötigen.*

S. 198	25 2520 3186 0000	SICHERHEITSDÉPARTEMENT Stadtpolizei Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit Projektbegleitung, -beratung und Organisationsentwicklung				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
073.	Antrag Stadtrat		20 000		73 500 53 500	Zustimmung Florian Utz (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)
						Begründung: Präventionskampagnen vermehrt ohne Projektbegleitungen und Projektberatungen durchführen

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 119 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 074 bis 075a. (Postulate GR Nr. 2016/418 und 2016/437)

Andreas Egli (FDP) beantragt namens der FDP-Fraktion, das Postulat GR Nr. 2016/437 gemäss Art. 94 Abs. 3 GeschO GR sofort als Budgetantrag 075a. zu behandeln.

Der Rat stimmt dem Antrag von Andreas Egli (FDP) stillschweigend zu.

Kommissionsreferent:

Walter Angst (AL) begründet den Antrag der RPK und das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2463/2016): Die AL beantragt mit dem Postulat, den Stadtrat zu beauftragen, umgehend eine unkomplizierte Entlastung der Israelischen Cultusgemeinde Zürich (ICZ) für ihre Sicherheitsaufwendungen zu prüfen und gemeinsam mit Bund und Kanton zu prüfen, wie die Sicherheitsaufwendungen von Minderheiten langfristig und unter welchen Bedingungen übernommen werden können. Wir beantragen mit dem Budgetantrag, vorsorglich 500 000 Franken für 2017 einzustellen. Es soll nicht zwingend ein direkter Beitrag an die ICZ sein, sondern könnte auch mit einer Budgetübertragung in einer anderen Form zu einer Entlastung der jüdischen Gemeinschaft führen. In Wiedikon existieren bei den Zentren der jüdischen Gemeinschaft – Schulen, Synagogen, Treffpunkte – Sicherheitskontrollen. Die Gemeinschaft hat ein Bedürfnis nach Sicherheit. Es gibt ein gewisses Misstrauen im Zusammenhang mit Antisemitismus in der Gesellschaft. Dies ist nachvollziehbar. 2001 wurde in Zürich an der Weberstrasse ein Rabbi ermordet. Im Juli 2015 haben in Wiedikon 20 Neonazis einen orthodoxen Juden angegriffen. Die Ausgaben der jüdischen Gemeinschaft sind rasant angestiegen. Die ICZ spricht von 1,5 Millionen Franken. Der Anstieg ist sicherlich auch mit dem zusätzlichen Sicherheitsbedürfnis im Zusammenhang mit den Anschlägen in den umgebenden Ländern zu erklären, die sich auch gegen jüdische Einrichtungen richteten. Die Debatte über die Kostenbeteiligung der öffentlichen Hand an diesen Sicherheitsaufwendungen wurde im Dezember 2015 an einer öffentlichen Podiumsdiskussion lanciert. Stadtrat Wolff sagte, es sei für ihn selbstverständlich, dass der Staat eine Verpflichtung habe, in einer solchen Situation die Gemeinschaften zu unterstützen und dass er einen Beitrag an die Sicherheitskosten zu leisten habe, insbesondere bei der jüdischen Gemeinschaft. Im Mai 2016 fand in Bern eine Debatte statt, bei der die verschiedensten Staatsebenen zusammentrafen. Am 1. November 2016 erschien ein Bericht des Eidgenössischen Departements des Inneren von der Fachstelle für Rassismusbekämpfung. Im Zusammenhang mit den Sicherheitskosten wurde geschrieben, dass die jüdischen Organisationen eine Stiftung gründen sollten, auf die namhafte Summen einbezahlt werden sollten, damit die Sicherheitsaufwendungen der jüdischen Gemeinschaft in der Schweiz finanziert werden könnten. Im Anschluss war in der Öffentlichkeit von einem Schwarzpeterspiel die Rede. Was der Bund sagte, war tatsächlich unsensibel. Dennoch wurde im Nationalrat ein Postulat zum Schutz von Minderheiten und Beteiligung an den Kosten abgelehnt, was in der jüdischen Gemeinschaft zu entsprechenden Reaktionen führte. Eine Mehrheit der RPK ist der Meinung, dass Zürich in einer besonderen Verpflichtung steht. Zürich ist die einzige deutschsprachige Stadt, in der eine jüdische Gemeinde den Holocaust überlebt hat. Es sollte geprüft werden, ob Geld zur Verfügung gestellt werden kann. Es soll nicht darum gehen, dass die Stadtpolizei in Wiedikon mehr patrouilliert. Es geht um spezifische Bedürfnisse und um den Schutz der Treffpunkte der jüdischen Gemeinschaft. Wir möchten mit dem Postulat bekräftigen, dass der Stadtrat aufgefordert wird, rasch zu handeln, eine unkomplizierte Lösung und eine Kostenbeteiligung zu erbringen. Es soll auch darum gehen, die entsprechenden Grundlagen zu schaffen, damit eine solche Unterstützung auch für andere Minderheiten, die bedroht werden, bezahlt werden kann. Im Vor-

feld wurden mir verschiedene Vorbehalte mitgeteilt, so etwa die Frage des Gewaltmonopols, das untergraben wird. Man muss festhalten, dass es um Sicherheitsaufwendungen geht, die nicht in das Gewaltmonopol des Staats eingreifen. Es geht um ein Schutzbedürfnis der jüdischen Gemeinschaft. Es wurde mir mitgeteilt, es ginge nicht an, dass wir private Sicherheitsdienste unterstützten. Auch diese Frage muss vom Stadtrat im Detail geprüft werden. Des Weiteren wurde gesagt, so könne sozusagen jeder Unterstützung verlangen. Es ist klar zu definieren, unter welchen Bedingungen ein Beitrag geleistet werden kann. Die Textänderung öffnet den Fächer, wie die Unterstützung und Entlastung stattfinden soll. Wir sind bereit, diese entgegenzunehmen. Es ist ein wichtiges Zeichen, das wir heute setzen müssen. Es geht nicht an, dass wir diese Aufgabe nochmals ein Jahr lang wie in einem Schwarzpeterspiel umherschoben.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sicherheitsdepartements Stellung.

STR Richard Wolff: Ich werde sowohl zum Budgetantrag als auch zu den beiden Postulaten sprechen. Walter Angst (AL) hat bereits ausführlich von der Geschichte der vergangenen Monate erzählt. Es gibt mittlerweile in der gesamten Schweiz Bestrebungen, dass etwas unternommen wird, um die Sicherheit der Juden und der jüdischen Institutionen in der Schweiz zu verbessern. Tatsache ist, dass es immer noch Antisemitismus gibt. Weltweit gab es in den vergangenen Monaten verschiedene Angriffe gegen Juden und ihre Institutionen. Auch das Bundesamt für Polizei schrieb in seinem jüngsten Bericht zum Thema, dass dem Bund bewusst sei, dass jüdische Einrichtungen besonders exponierte Ziele des dschihadistischen Terrorismus und von antisemitisch motivierten Handlungen darstellen würden. In der jüdischen Gemeinde herrscht Verunsicherung und Angst. Man will sich möglichst gut schützen und Vorkehrungen treffen, dass nichts Schlimmes passiert. Die jüdische Gemeinschaft leistet deshalb hohe Ausgaben für die Sicherheit, die aber die Möglichkeiten der relativ kleinen jüdischen Gemeinschaft stark strapazieren. Die Stadtpolizei leistet bereits heute viel. Das wird von der jüdischen Gemeinschaft sehr geschätzt. Die Stadtpolizei ist an speziellen Feiertagen und an Anlässen präsent, verfügt über eine Hotline und ist sofort bereit, wenn eine Meldung eintrifft. Sie ist auch jederzeit bereit für Beratungen und weitere Zusammenarbeit. Das reicht aber nicht aus. Genau deshalb gibt es Vorstösse auf verschiedenen politischen Ebenen. Die beiden bei uns vorliegenden Vorstösse fordern, dass die jüdische Gemeinde besser unterstützt wird. Der Vorstoss der FDP wird vom Stadtrat unterstützt. Es kann tatsächlich geprüft werden, wie die Polizei nicht nur jüdische, sondern generell bedrohte religiöse und kulturelle Gemeinschaften besser oder noch besser schützen kann. Das AL-Postulat lehnen wir in der vorliegenden Form ab. Falls der Textänderungsantrag so aussieht, wie er mir zur Kenntnis vorgelegt wurde, würde der Stadtrat den Textänderungsantrag annehmen und dem Vorstoss zustimmen. Wichtig ist auch der zweite Teil des AL-Postulats, der fordert, dass parallel zur Unterstützung der Stadt auch Kanton und Bund Voraussetzungen klären und prüfen sollen, auf welche Art und Weise nicht nur jüdische, sondern auch andere religiöse und kulturelle Gemeinschaften, die von gewalttätigen Angriffen bedroht oder betroffen sind, bei der Bewältigung ihrer Sicherheitsbedürfnisse unterstützt werden können. Ich gehe davon aus, dass auch die im Rahmen des Budgets beantragten 500 000 Franken in diesem Sinne eingesetzt werden sollen.

Andreas Egli (FDP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2505/2016): Wir streben eine Schwerpunktverlagerung an. Im Umfang der 500 000 Franken sollen die der Polizei zur Verfügung stehenden Einsatzmittel dort eingesetzt werden, wo sie dringend benötigt werden. Die Sicherung von Institutionen von Glaubensgemeinschaften in Zürich hat hohe Priorität, nach unserem Dafürhalten die höhere Priorität als das Verfolgen von Erwachsenen, die Kleinstmengen an Drogen konsumieren. Es gibt aber auch noch andere Bereiche, in denen eine Schwerpunktverlagerung vorgenommen werden könnte, so etwa bei nicht sicherheitsrelevanten Verkehrskontrollen, die lediglich

der Geldbeschaffung dienen.

Stefan Urech (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen: Das Postulat wurde aus unserer Sicht kurz vor der Debatte noch aus dem Ärmel geschüttelt. Wir sind nicht sicher, ob wir die Richtigen sind, die bestimmen sollen, welches Personal wo eingesetzt werden soll, und ob dasjenige Personal, das Kleinkonsumenten verfolgt, ebenso befähigt ist, eine Synagoge zu bewachen. Man hätte sich hier vorhin noch etwas genauer informieren sollen, was dies genau bedeutet. Bei Antrag 74 wechseln wir von der Zustimmung in die Enthaltung. Wir hegen grundsätzlich Sympathien für den Antrag. Paradoxe Weise hat sich ausgerechnet die linke Seite, die sich für die Zuwanderung aus jenen kulturellen Kreisen ausspricht, aus denen Leute hineinströmen, die Juden hassen, hier zu grossen Rednern aufgeschwungen. Mit der Begründung, dass auch andere kulturelle Gemeinschaften geschützt werden sollen, wird Tür und Tor für Organisationen geöffnet, die behaupten, sie seien bedroht. Die in der von der AL geäusserten mündlichen Begründung enthaltenen Aussagen sind in der schriftlichen Begründung nicht ersichtlich. Wir wechseln deshalb in die Enthaltung.

Weitere Wortmeldungen:

Florian Utz (SP) stellt folgenden Textänderungsantrag zum Postulat GR-Nr. 2016/418: Für die SP sind drei Punkte klar. Erstens: Alle Menschen in unserer Stadt haben ein Recht auf Sicherheit. Der ehemalige Bundesrat Willi Ritschard sagte: «Heimat ist dort, wo man keine Angst haben muss.» Der SP ist es ein grosses Anliegen, dass sich in Zürich alle Menschen sicher und zu Hause fühlen können. Das gilt im Besonderen auch für unsere jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger. Zweitens: Für die SP ist die Sicherheit eine staatliche Aufgabe. Deshalb sind wir der Meinung, dass auch der Staat für Sicherheit sorgen sollte und auch die Kosten der Sicherheit zu tragen hat. Drittens: Das Gewaltmonopol liegt beim Staat. Deshalb ist für unsere Fraktion eine Finanzierung von privaten Sicherheitsdiensten eine schwierige Angelegenheit. Zusammenfassend heisst dies: Es kann nicht sein, dass die jüdische Gemeinschaft für Sicherheitsaufwendungen stetig steigende Kosten hat. Es ist Aufgabe der Stadt und auch Aufgabe des Kantons und des Bundes, für die Sicherheit der jüdischen Einrichtungen zu sorgen. Wir sind der Meinung, dass die Stadtpolizei diese Aufgabe besser mit ihrem eigenen Personal ausführt, als dass private Sicherheitsdienste bezahlt werden. Unter dem Stichwort Diversity könnten gezielt jüdische Bürgerinnen und Bürger für Bewachungsaufgaben angeworben werden. Wir sind aber der Meinung, dass die Aufgabe grundsätzlich durch die Stadtpolizei ausgeführt werden sollte. Die SP wird dem Postulat der FDP zustimmen. Zum Postulat der AL werden wir die bereits erwähnte Textänderung einreichen. Wir schlagen folgenden Text vor: «Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie der finanzielle Aufwand der Israelitischen Cultusgemeinde Zürich (ICZ) für Sicherheitsaufwendungen zum Schutz der Einrichtungen der jüdischen Gemeinschaft möglichst rasch reduziert werden kann. Parallel dazu soll zusammen mit dem Kanton und dem Bund geklärt werden, auf welche Weise religiöse und kulturelle Gemeinschaften, die von gewalttätigen Angriffen betroffen oder durch solche bedroht sind, bei der Bewältigung ihrer Sicherheitsbedürfnisse unterstützt werden können.» Mit dieser Textänderung möchten wir klarstellen, dass der Weg, dass die Stadtpolizei selber aktiv wird und Ressourcen zur Verfügung stellt, auch für andere bedrohte Gemeinschaften nicht ausgeschlossen ist. Bezüglich dem Betrag von 500 000 Franken, den die AL beantragt, werden wir uns der Stimme enthalten. Wir möchten damit den Bedenken Ausdruck verleihen, dass wir nicht möchten, dass private Sicherheitsdienste bezahlt werden. Wir möchten den Betrag aber auch nicht ablehnen, da wir der Meinung sind, dass die Sicherheit etwas kosten darf, unserer Meinung nach sollte dies aber im Sinne einer Umlagerung der Stellen innerhalb der Stadtpolizei geschehen und nicht in Form einer Stellenerhöhung.

Dr. Mario Babini (parteilos): Im Enge-Quartier leben seit jeher viele jüdische Mitbewohner. In meinem Leben traf ich immer wieder auf intelligente jüdische Personen und zähle einige davon zu meinem Kollegenkreis. Mein bester Kollege allerdings ist ein Pfarrer in der christlichen Gemeinde. Deshalb werde ich dem Textänderungsantrag vollumfänglich zustimmen.

Felix Moser (Grüne): Wir vertreten eine sehr ähnliche Haltung wie die SP, kommen aber nicht ganz zum selben Schluss. Ein wesentlicher Punkt, an dem wir uns stossen, ist, dass eine halbe Million Franken für Dienstleistungen Dritter gesprochen wird, sprich, dass letztlich private Sicherheitsdienste finanziert werden. Wir sind der Meinung, dass die Stadtpolizei für anfallende Sicherheitsaufgaben in der Stadt zuständig sein sollte. Deshalb werden wir den Kredit von 500 000 Franken ablehnen. Andererseits sind wir auch klar der Meinung, dass das Sicherheitsbedürfnis der ICZ unbestritten ist. Deshalb werden wir dem Postulat mit der von der SP beantragten Textänderung zustimmen. Dem Postulat der FDP werden wir ebenfalls zustimmen.

Markus Hungerbühler (CVP): Die CVP nimmt bei den beiden Vorstössen und beim Antrag differenzierte Haltungen ein. Bei Antrag 74 bleiben wir in der Enthaltung, da der Betrag von 500 000 Franken danach aussieht, als ob man einfach einmal eine Einschätzung gemacht habe und es damit probieren würde. Wir haben unsere Zweifel, ob diese Zahl wirklich geeignet ist. Zu den beiden Vorstössen: Ich gehe mit Florian Utz (SP) einig, dass das Gewaltmonopol bei der Polizei bleiben sollte. Wir sehen es als folgerichtig an, dass die Polizei entsprechend prüfen sollte, wie man die Sicherheitsfragen mit der Israelitischen Cultusgemeinde Zürich lösen kann. Deshalb werden wir den Vorstoss der AL auch mit der entsprechenden Textänderung unterstützen. Den Vorstoss der FDP werden wir ablehnen. Die Polizei kann mit ihren operativen Mitteln selber bestimmen, wie sie sie einsetzt. Es ist nicht Aufgabe des Gemeinderats, bei der Polizei in diesem Umfang operativ einzugreifen. Der Stadtrat kann diese Frage selber abwägen und die Polizeikräfte am richtigen Ort einsetzen.

Samuel Balsiger (SVP): Kürzlich wurde im «Tagesanzeiger» ein Interview mit einem Extremismusforscher publiziert. Dieser zeigte auf, dass der Judenhass in den 60er-Jahren eher ein rechtsgerichtetes Problem war, das sich wandelte und auf die linke Seite überschwappte. Er sagt deutlich, dass heute die grösste Bedrohung von islamistischen Kreisen ausgehe und es manchmal zu unheiligen Allianzen komme, wenn beispielsweise Linksradikale und Islamisten gemeinsam Pro-Palästina-Aktionen durchführen. Deutschland hat eine sensible Beziehung zu den jüdischen Mitbürgern. Es herrscht ein breiter Konsens, dass vor allem auch junge Migranten aus dem arabischen Raum, die mit dem Palästina-Konflikt und dem geschürten Hass, der dort stattfindet, den Judenhass von rechts übernommen haben und dass es sich um ein Einwanderungsproblem handelt. Dass die SVP einer Budgetverschlechterung zustimmt, ist ein grosses Vertrauenszeichen gegenüber der jüdischen Bevölkerung. Wir haben in der Fraktion kontrovers diskutiert und am Schluss entschieden, dass wir den jüdischen Mitbürgern helfen möchten. Die Aussagen von Walter Angst (AL), dass man auch noch jede andere Minderheit schützen müsse, sorgten allerdings dafür, dass sich die SVP in die Enthaltung begeben wird. Der Grundsatz, dass wir unseren jüdischen Mitbürgern, die einen Teil unserer Kultur ausmachen, schützen möchten, bleibt. Das Gewaltmonopol ist bereits nicht mehr auf die Art vorhanden, wie es hier beschrieben wurde. Die Synagogen müssen mit schusssicheren Fenstern bestückt werden, die Securitas muss patrouillieren, es braucht Überwachungskameras. Man muss den Tatsachen ins Auge sehen. Die jüdische Bevölkerung hat in Europa wieder ein Problem, und das Problem kommt aus dem arabischen und linken Raum.

Matthias Wiesmann (GLP): Markus Hungerbühler (CVP) hat die meisten Argumente bereits vorgebracht. Beim Antrag bezüglich der 500 000 Franken bleiben wir in der Enthaltung. Es ist noch nicht klar, wie dieser Betrag zustande kam, und ob er am Ende höher oder geringer ausfallen wird. Es ist auch noch nicht vollständig abgeklärt, wem das Geld zugutekommen soll. So lange wir dies nicht wissen, möchten wir noch keinen Betrag sprechen. Wenn der Stadtrat hier allerdings einen gut aufgegleisten Zusatzkredit einreichen sollte, werden wir diesem selbstverständlich zustimmen. Für eine gute Aufgleisung braucht es das AL-Postulat und die Textänderung. Das Postulat der FDP ist eine mögliche Idee, wie man es umsetzen könnte. Hier allerdings schon konkret zu benennen, wo die Polizei Kräfte abziehen soll, wäre falsch. Die Polizei sollte dies selber beurteilen. Hier sind Ideen im Sicherheitsdepartement gefragt. Sobald alles vorgelegt wird, kann der Gemeinderat nochmals darüber diskutieren, ob die Schwergewichtsverschiebung gut ist oder ob zusätzliche Personen eingestellt werden müssen.

Michael Schmid (FDP): Dem Postulat der AL würden wir mit dem Textänderungsantrag der SP zustimmen. Die Konsequenz aus dieser offeneren Forderung und unserem eigenen Postulat ist, dass wir beim Budgetantrag in die Enthaltung wechseln.

Walter Angst (AL) ist mit der Textänderung einverstanden: Die AL nimmt die Textänderung an. Es ist ein Auftrag an den Stadtrat, im Themenfeld Finanzierung der Sicherheitskosten rasch eine Entlastung zu bringen und zudem die Grundlagen zu klären. Wir stellen fest, dass es eine seltsame Abstimmung über den Budgetantrag geben wird. Offensichtlich ist es eine Debatte, mit der sich auch der Gemeinderat sehr schwertut. Es geht nicht darum, dass irgendwelche Polizisten vor irgendwelchen Synagogen stehen. Wir stimmen darüber ab, ob es Geld braucht.

S. ---	25 2520 3650 0122	SICHERHEITSDEPARTEMENT Stadtpolizei Beitrag an Israelitische Cultusgemeinde Zürich (ICZ)				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
074.	Antrag Stadtrat			500 000	0 500 000	Zustimmung Enthaltung
						Präsident Walter Angst (AL) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Felix Moser (Grüne), Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
			Begründung:	Entschädigung an Israelitische Cultusgemeinde Zürich für eigene Sicherheitsaufwendungen. Falls anstelle eines Beitrags an die ICZ die Sicherheitskosten auf anderem Weg reduziert werden, kann dem Gemeinderat eine Kreditübertragung beantragt werden		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der RPK:

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 12 gegen 11 Stimmen (bei 102 Enthaltungen) zu. Der Antrag scheitert jedoch am Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse.

2544. 2016/418

**Postulat der AL-Fraktion vom 30.11.2016:
Entschädigung von Sicherheitsaufwendungen der religiösen und kulturellen
Gemeinschaften**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Wortmeldungen siehe Antrag 074 (Beschluss-Nr. 2529/2016).

Walter Angst (AL) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2463/2016).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sicherheitsdepartements Stellung.

Florian Utz (SP) stellt folgenden Textänderungsantrag und begründet diesen:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie ~~der finanzielle Aufwand der die~~ Israelitischen Cultusgemeinde Zürich (ICZ) für ~~eigene~~ Sicherheitsaufwendungen zum Schutz der Einrichtungen der jüdischen Gemeinschaft ~~möglichst rasch reduziert unbürokratisch entschädigt~~ werden kann. Parallel dazu sollen zusammen mit dem Kanton und dem Bund ~~die Voraussetzungen~~ geklärt werden, ~~auf welche Weise in welchen Fällen und aufgrund welcher Rechtsgrundlage~~ religiöse und kulturelle Gemeinschaften, die von gewalttätigen Angriffen betroffen oder durch solche bedroht sind, ~~bei der Bewältigung ihrer Sicherheitsbedürfnisse unterstützt für eigene Sicherheitsaufwendungen entschädigt~~ werden können.

Walter Angst (AL) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Postulat wird mit 103 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

2545. 2016/437

**Postulat von Andreas Egli (FDP), Marcel Müller (FDP) und 18 Mitunterzeichnenden
vom 07.12.2016:
Schutz von religiösen und kulturellen Gemeinschaften vor gewalttätigen Angriffen
durch eine Verlagerung des Schwergewichts der Polizeieinsätze**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Wortmeldungen siehe Antrag 074 (Beschluss-Nr. 2529/2016).

Andreas Egli (FDP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2505/2016).

Stefan Urech (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sicherheitsdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 71 gegen 48 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Budgetberatung siehe Sitzung Nr. 135, Beschluss-Nr. 2529/2016).

E i n g ä n g e

Es sind keine Vorstösse eingereicht worden.

K e n n t n i s n a h m e n

Es liegen keine Kenntnisnahmen vor.

Nächste Sitzung: 17. Dezember 2016, 8.30 Uhr.